FREITAG, 18. FEBRUAR 2011 NR. 7 53. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Testament?
Erbvertrag?
Stiftungen?
Hausverkauf?

Wichtige Fragen und Probleme, die gerne verdrängt, aber bei klarer Sicht der Dinge gelöst und entschieden werden sollten.
Fragen Sie uns – seit 1980 sind wir für unsere Klienten da

Dr. iur. Michael E. Dreher, MBA HSG
DR. DREHER & PARTNER AG
8702 Zollikon / beim Bahnhof
T 044 396 15 15 - E drdr@dreher.ch

DER STARKE LÖWE HAT FETT ANGESETZT

Finanzpolitischen Hochseilakt bei Kantonsfinanzen beenden

Der Kanton Zürich ist der wirtschaftlich stärkste Kanton in der Schweiz. Seine Staatsfinanzen geben jedoch zu Sorgen Anlass: Seit Jahren schiebt die Regierung ein strukturelles Defizit vor sich her. In den kommenden Jahren wird der Kanton massiv Schulden auftürmen. Die Kantons- und Regierungsratswahlen vom 3. April 2011 sind der Zeitpunkt, um Gegensteuer zu geben.

SUSANNE BRUNNER
KANTONSRÄTIN SVP
ZÜRICH 7/8

Der Kanton Zürich ist ein starker Löwe: Auf nur 4 Prozent der gesamten Schweizer Landesfläche beherbergt er 17 Prozent der gesamten Schweizer Bevölkerung. Im Kanton Zürich sind 19 Prozent der Schweizer Arbeitsplätze beheimatet; mit diesen werden 22 Prozent, – also fast ein Viertel – der gesamten Schweizer Wertschöpfung generiert. Der Kanton Zürich leistet 47 Prozent der Kantonsbeiträge in den eidgenössischen Finanzausgleich (NFA). Der Kanton Zürich ist damit ohne Zweifel ein eigentliches wirtschaftliches Kraftpaket.

Die kantonalen Finanzen hingegen vermögen nicht zu glänzen. Im Gegenteil: Seit Jahren belastet ein strukturelles Defizit den kantonalen Haushalt. Das strukturelle Defizit ist der Teil des Defizits, der auf die dauerhafte Überlastung des Haushalts mit nicht finanzierbaren Aufgaben zurückzuführen ist. Es wird auch bei guter Konjunktur nicht abgebaut. Der Regierungsrat hat im September 2007 Leitlinien und Ziele für die Legislatur 2007–2011 festgelegt. Als Legislaturziel Nummer 2 hat er sich vorgenommen: «Das strukturelle Defizit im Staatshaushalt beseitigen.» Die wiederholten Sanierungsprogramme San04 und San10 sind Zeugen davon, dass dies nicht erreicht wurde.

Dem Zürcher Staatshaushalt sind seit Jahren zu viele Aufgaben aufgebürdet worden. Die Sanierungsprogramme werden – gleich einem Feuerwehreinsatz – immer wieder nötig, weil gutbürgerliche Grundsätze im Kanton Zürich nicht mehr genügend zum Tragen kommen: Ansprüche gegenüber dem Staat zügeln, Masshalten in der staatlichen Tätigkeit, Investitionen nur tätigen, wenn man sich diese leisten kann.

Schuldenwirtschaft im Kanton Zürich

Stattdessen betreiben wir eine gefährliche Schuldenwirtschaft. Mit dem Entwurf zum Budget 2011 und dem Finanzplan für 2011 bis 2014 vom 15. September 2010 hat der Regierungsrat mitgeteilt, dass das Fremdkapital des Kantons von 10,2 Milliarden Franken im Jahr 2009 auf 12,7 Milliarden Franken im Jahr 2014 ansteigen wird. Gründe für diese Zunahme sind die in den kommenden Jahren erwarteten Defizite des Kantons (2012: 461 Mio. Franken; 2013: 339 Mio. Franken; 2014: 263 Mio. Franken) sowie die ungenügende Selbstfinanzierung bei den Investitionen. Der Regierungsrat informiert darüber im oben genannten Finanzplan wie folgt: «Zur Deckung der [in der Planperiode fehlenden] 1,7 Milliarden Franken muss sich der Kanton zusätzlich verschulden, d. h. entweder zusätzliches Fremdkapital aufnehmen oder Finanzvermögen veräussern. Die Nettoinvestitionen 2011–2014 von rund 3,1 Mia. Franken können nur zu rund 50 Prozent aus Mitteln der Erfolgsrechnung finanziert werden.» (Siehe Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan 2011–2014 vom 15. September 2010, S. 45). Diese erschreckenden Zahlen resultieren – wohlgemerkt – mit dem im August 2010 festgelegten Sanierungsprogramm San10. Ansonsten wäre die Verschuldung geradezu explodiert. Aber auch San10 kann die jährliche Aufwandsteigerung nicht stoppen: Der Regierungsrat informiert im Finanzplan: «In diesen Jahren [den oben genannten Planjahren] müssen weiterhin Aufwandüberschüsse ausgewiesen werden, weil der Aufwand auch nach San10 weiterhin stärker als die Teuerung zunimmt.»

> **Gutbürgerliche Grundsätze kommen im Kanton nicht genügend zum Tragen.**

> **Das strukturelle Defizit muss beseitigt, Schulden müssen abgebaut werden.**

Wirtschaftsentwicklung als Hochseil

Die wichtigste Planungsrundlage für die Erstellung des mehrjährigen Finanzplans ist das Wirtschaftswachstum. Der Regierungsrat rechnet in der erwähnten Planperiode mit 2,0 Prozent Wachstum für die Jahre 2011–2013 und 1,5 Prozent für das Jahr 2014. Diese Prognosen der Wirtschaftsentwicklung bilden das eigentliche Hochseil für die Finanzpolitik im Kanton. Wird die wirtschaftliche Entwicklung schlechter sein als nun prognostiziert, stürzt der Kanton Zürich noch weiter ab. Denn schlechte Wirtschaftsentwicklung bedeutet weniger Steuereinnahmen, höhere jährliche Defizite und ein Auftürmen von noch mehr Schulden. Und hohe Staatsschulden sind schädlich: Sie schränken wegen der hohen Zinslast den Handlungsspielraum für andere Staatsaufgaben ein, erschweren Steuersenkungen zur Entlastung der Bürger und hemmen die wirtschaftliche Entwicklung, weil Investoren hohe Staatsschulden als künftige Steuerlast antizipieren.

Mögliche Lösungswege

Es ist darum das Gebot der Stunde, das Hochseil zu verlassen und die kantonale Finanzpolitik auf soliden Boden zurückzuführen. Konkret heisst das erstens, dass das strukturelle Defizit beseitigt werden muss und zweitens, dass die heutigen Schulden abgebaut werden müssen. Als Stossrichtung dafür sehe ich eine Verschärfung der Haushaltsregeln. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, verunmöglicht die Aufgabensicht Einsparungen im Staatshaushalt. Es werden immer verschiedene Begehrlichkeiten gegeneinander ausgespielt, z. B. Klassengrössen, Frequenzen im öffentlichen Verkehr, Investitionen in Spitäler, in Strassenbau oder Schulhäuser usw. Die Lösung dafür sind abstrakte Haushaltsregeln auf dem Niveau des Gesamthaushaltes. Die Verteildiskussionen zwischen den einzelnen Aufgaben erfolgen in einem späteren Schritt. Mit griffigeren Haushaltsregeln werden Verwaltung, Regierung und Parlament Tugenden wie Masshalten in der staatlichen Tätigkeit und das Anschaffen von Investitionen nur dann, wenn man es sich leisten kann, wieder nachleben müssen.

> **Föderalismus und Steuerwettbewerb wirken sich positiv auf den Wohlstand aus.**

Steuergesetzrevisionen und Steuerwettbewerb wirken wohlstandsfördernd

Kritiker mögen einwerfen, dass die Steuergesetzrevision für natürliche Personen, die per 2012 in Kraft treten wird, verschärfend wirkt, da damit die Steuereinnahmen sinken. Richtig ist jedoch, dass diese Steuergesetzrevision, über welche das Zürcher Volk im Mai 2011 abstimmen muss, weil von linker Seite das Referendum dagegen ergriffen worden ist, den Kanton Zürich langfristig steuerlich attraktiv und wettbewerbsfähig macht. Ansonsten verlieren wir Personen mit hohen Vermögen und Einkommen an die umliegenden Kantone. Diese Absetzbewegung konnte letztes Jahr bei den pauschalbesteuerten Personen beobachtet werden. Rund die Hälfte hat unseren Kanton verlassen und sich in einem anderen niedergelassen. Der Imageschaden, den der Kanton Zürich mit der Abschaffung der Pauschalbesteuerung erlitten hat, ist immens. Wer den Steuerwettbewerb kritisiert, der verkennt, dass die Steuerautonomie der Kantone eine conditio sine qua non des Föderalismus ist. Föderalismus und Steuerwettbewerb wirken sich positiv auf den Wohlstand in der Schweiz aus. An diesen Grundfesten mochte auch das Schweizer Volk nicht rütteln, wie das Abstimmungsresultat zur SP-Steuerinitiative vom 28. November 2010 deutlich gezeigt hat.

Runter vom unsicheren Hochseil

Der wirtschaftlich starke Kanton Zürich muss wieder zu einem Staatshaushalt zurück finden, den er sich leisten kann. Der starke Löwe hat Fett angesetzt und balanciert unsicher auf dem Hochseil. Wird die Wirtschaftsentwicklung schlechter, stürzt er herunter. Wie Schuldenkrisen aussehen, kann derzeit in verschiedenen europäischen Ländern beobachtet werden. Mit den Kantons- und Regierungsratswahlen vom 3. April 2011 können Sie die Weichen stellen, indem Sie mit der SVP diejenige Kraft wählen, die konsequent für tiefe Steuern und einen gesunden Staatshaushalt kämpft.

Der **Maschinenring** ist eine bäuerliche Selbsthilfeorganisation mit gegen 1'000 Mitgliedern im Kanton Zürich. Nebst anderen Geschäftsfeldern vermittelt der Maschinenring Temporärarbeit in der Landwirtschaft und im Gewerbe.

Um unser Team zu ergänzen suchen wir ab März 2011 oder nach Vereinbarung motivierte Kollegen für die Sparten:

Gartenbau, Bau
Landwirtschaft
Gewerbe

Wir bieten Tages-, Wochen- oder Monatseinsätze zu fairen Konditionen.

Maschinenring
Maschinenring Zürich, Neuwiesenstrasse 5, 8630 Rüti,
T: 055 251 41 41 info@maschinenring.ch www.maschinenring-jobs.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch
info@schreinerei-ruetschi.ch

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Kostenlos Probeschlafen

WBS - das Matratzensystem für den vollkommenen Schlafkomfort

wideg ag
Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel 044 935 25 46
info@wideg.ch
www.wideg.ch

Schmierstoffe für die Landwirtschaft - Besuchen Sie unseren **Shop** auf: **www.blaser.com**
oder rufen Sie uns an: Tel. 034 460 01 01

bisher
Susanne Brunner
1972, lic. rer. publ. HSG
in den Kantonsrat
2 x auf Liste 1

Keine CVP ohne Darbellay

VON CHRISTOPH MÖRGELI

«Keine Schweiz ohne uns». So lärmt neuerdings die 14-Prozent-Partei CVP wie ein frisch prämierter Gockel. Treffender wäre der Slogan «Keine CVP ohne Darbellay». Hier steckt das Problem. Erstaunlicherweise ist Parteipräsident Christophe Darbellay parteiintern völlig unbestritten. Ein vatikanisches Hierarchieverständnis erstickt jede Kritik. Obwohl Darbellay seine in Walliser Stammeskämpfen erprobte Taktik ständig mit Strategie verwechselt. Ginge es um den politischen Leistungsausweis, müsste die CVP ihren Präsidenten loswerden. Noch vor den Wahlen. Möglichst subito.

«Uns geht es um Lösungen, nicht um Spektakel», meint Darbellay heute. Dabei hat er 2007 mit Christoph Blochers Abwahl ein Spektakel veranstaltet, das seither seine CVP in den Grundfesten erschüttert. Darbellay erhob die Beseitigung des wertkonservativen Blocher zum obersten Ziel der C-Partei. Mit dem pubertären Bubenstück hat die CVP nicht nur ihre Seele, sondern scharenweise Wähler verloren. In den katholisch-konservativen Stammlanden brechen die Stimmenanteile ebenso ein wie in den Agglomerationen. Die zuerst schadenfroh gehätschelte BDP frisst mittlerweile auch CVP-Potenzial weg. Ex-Hoffnungsträgerin Doris Leuthard vergrault mit forschen Tönen alle Pendler, Autofahrer und Bauern.

Schamlos und monatelang wollte Darbellay bei der soeben staatlich geretteten UBS für seine CVP abkassieren. Er verheizte bei den Bundesratswahlen den ehrgeizigen Fraktionschef Urs Schwaller gegen FDP-Mann Didier Burkhalter. Trotz inhaltlichen Zugeständnissen an die Linken. Danach forderte Darbellay auf Tele M1 flugs ein Verbot von jüdischen Friedhöfen. Um sich nach längerem Schweigen wortreich zu entschuldigen. Jetzt lässt er das christliche «C» im Parteinamen hinterfragen – die einzige geistige Klammer, die seinen schrumpfenden Haufen überhaupt noch zusammenhält.

2011 will die CVP beim Thema «Wirtschaft» punkten. Dieweil sich ihre wirtschaftsnahen Vertreter zur SVP absetzen. Beim Übertritt einer Zürcher Kantonsrätin kommentierte CVP-Nationalrätin Kathy Riklin spitz: «Sie hat nicht begriffen, dass sie mit ihrer gewerbefreundlichen Politik quer in der Landschaft liegt.» Parteipräsident Darbellay meint unbeirrt: «Dank uns war die Schweiz so krisenresistent.» Fehlt nur noch, dass er sagt: «Dank mir ist die CVP so krisenresistent.»

FDP UND DIE AUSLÄNDERPOLITIK

Der unmögliche Spagat

Die FDP hat ein Ausländerproblem. Sie will nach aussen eine harte Linie markieren. Dabei kommt ihr nun aber ihre eigene Politik in den Weg. Insbesondere die Personenfreizügigkeit mit der EU hat dazu geführt, dass die Schweiz ihre Handlungsfähigkeit bezüglich Zuwanderung aus der Hand gegeben hat. Hinzu kommt, dass die FDP heute z.B. im Bereich der Sans-Papiers oder bezüglich Verschärfungen im Asylbereich im Parlament eine weiche Linie fährt.

MARTIN BALTISSER
GENERALSEKRETÄR SVP SCHWEIZ

Die FDP tut so, als ob sie mit ihrem Konzept «Einwanderung geschickt steuern zum Nutzen der Schweiz» das Ei des Kolumbus in der Ausländerpolitik entdeckt hätte. Dabei wird die Personenfreizügigkeit mit der EU schönfärberisch aus den Betrachtungen ausgeklammert. Richten soll es insbesondere die Beschränkung des Familiennachzugs aus Drittstaaten. Betrachtet man die Einwanderungszahlen aus dem vergangenen Jahr aber etwas genauer, sieht man schnell, dass mit den Vorschlägen der FDP die Zuwanderung nicht zu bremsen ist. Von den 134 171 Ausländern, die im vergangenen Jahr in die Schweiz eingewandert sind, kamen 43 280 im Rahmen des Familiennachzugs. Davon sind jedoch 9872 Personen Schweizer oder Angehörige von Schweizern und 19 962 kommen aus dem EU-Raum mit ausländischen Angehörigen in der Schweiz. Es verbleiben also 13 446 Angehörige von Ausländern, welche über den Familiennachzug aus sogenannten Drittstaaten eingereist sind. Davon stammen nur 3260 Personen aus dem Balkan. Ein Teil des Familiennachzugs aus den Drittstaaten lässt sich durch die Schweiz wiederum wegen der Personenfreizügigkeit mit der EU nicht mehr beeinflussen. Die Schweiz muss nämlich auch Personen aus Drittstaaten, welche mit einem EU-Bürger verwandt sind, den Familiennachzug gewähren. Hinzu kommt der Familiennachzug von Personen z. B. aus den USA oder China, welche genau in die Kategorie jener Spezialisten fallen, welche die FDP auch in Zukunft in der Schweiz willkommen heissen möchte. Bei genauerem Hinsehen zerfällt der FDP-Ansatz also in eine beschränkt wirkende Massnahme, welche die Einwanderung höchstens im einstelligen Prozentbereich beeinflusst. Das heisst natürlich nicht, dass man in diese Richtung nicht aktiv werden soll. Es zeigt aber eindrücklich, dass eine Ausländerpolitik unter Ausklammerung der Personenfreizügigkeit mit der EU nichts weiter als ein potemkinsches Dorf ist.

Wenig Neues

Auch die Geschichte der übrigen Massnahmen des FDP-Konzepts ist schnell erzählt. Hier fällt besonders auf, dass die FDP das Sans-Papier-Thema ebenso ausklammert wie die Lücken und Probleme, die das Schengen/Dublin-Abkommen im Asylbereich mit sich bringt. Die FDP ist daran zu erinnern, dass gerade aufgrund der Unterstützung aus ihren Kreisen die zunehmende Legalisierung von illegalen Aufenthaltern politisch salonfähig wurde. Und die Forderung nach einer Beschleunigung der Asylverfahren wurde nicht zuletzt durch den von der FDP und der CVP dominierten Ständerat in den vergangenen Jahren mehrfach verschleppt.

Die FDP sollte dazu stehen, dass sie nicht bereit ist, die Ausländerpolitik in ihrer ganzen Breite zu diskutieren und anzugehen. Im Übrigen freut sich die SVP über eine Unterstützung seitens der FDP in einigen Punkten, in denen die beiden Parteien bezüglich Ausländer- und Asylpolitik durchaus auf der gleichen Linie sind.

Die andern wollen uns in die EU treiben.
Wir wollen freie Schweizer bleiben!

Schweizer wählen SVP

Liste 1

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Mit einer Spende auf PC-Konto 80-35741-3 unterstützen Sie dieses Inserat. Herzlichen Dank.

SVP Kanton Zürich, Nüschelerstrasse 35, 8001 Zürich, **www.svp-zuerich.ch**

RIESENCHANCE FÜR DIE SCHWEIZ

EU plant Vereinheitlichung der Unternehmenssteuern

In der EU soll bald Schluss sein mit der nationalen Souveränität in Steuerfragen. In einem ersten Schritt plant die Kommission eine einheitliche Gewinnberechnung für Unternehmen. Ziel ist es, der Verlagerung in steuerlich bessere Standorte die Attraktivität zu nehmen. Dass dabei auch jeglicher Anreiz für die Mitgliedstaaten verloren geht, ihre Verwaltungen effizient und kostengünstig zu organisieren, interessiert die Technokraten nicht. Für die Schweiz eröffnet dieser ordnungspolitische Unfug eine enorme Chance. Sie muss nur standhaft bleiben.

politik.ch Die EU will ein einheitliches Abgabenrecht für Konzerne einführen. Das soll «Steuervorteile aufheben», was nur heissen kann, dass die Vorteile durch Nachteile ersetzt werden, und um diese der Wirtschaft schmackhaft zu machen, wird allen Ernstes behauptet, damit liessen sich für die Unternehmen Kosten sparen. Dabei hat eine materielle Steuerharmonisierung noch nie zu einer durchschnittlich tieferen Steuerbelastung geführt. Gleichwohl zitiert die Financial Times Deutschland (FTD) einen anonymen «Experten» mit der Behauptung, Europa werde insgesamt attraktiver für Investoren.

Schluss mit Wettbewerb

Ziel des Vorhabens ist es, zu verhindern, dass Unternehmen Gewinne in die Staaten verlagern, die die niedrigsten Steuersätze haben. Es geht also um die Ausschaltung des Wettbewerbs der Systeme, der den Steuerzahlern und Unternehmen ganz direkt zu Gute kommt. Was die EU mit der Liberalisierung im Telekommunikationsmarkt als Vorteil für den Kunden propagierte, soll also des Teufels sein, wenn sich die Mitgliedstaaten dem Wettbewerb stellen müssen. Kritiker werten die Pläne der Kommission als Angriff auf die «Buntheit Europas», die nicht nur in der Folklore zum Ausdruck kommen sollte.

Chancen für die Schweiz

Genau hier eröffnen sich enorme Chancen für die Schweiz. Da sie nicht EU-Mitglied ist, braucht sie die Beschlüsse der EU nicht zu kümmern. In Steuerfragen ist die Schweiz souverän, und das gibt uns als Land mit einer ausgezeichneten Infrastruktur im Herzen Europas ein ausgezeichnetes Pfand in die Hand. Wir haben die Möglichkeit, ein für Unternehmen wesentlich besseres Steuersystem zu schaffen – oder uns den Verzicht darauf von der EU teuer bezahlen zu lassen. Dazu braucht es allerdings eine Regierung, die die Interessen des eigenen Landes über diejenigen einer Gemeinschaft stellt, der man persönlich gerne angehören möchte.

Noch einige Hürden zu bewältigen

Fachleute bezweifeln allerdings gemäss FTD, dass die gemeinschaftliche Bemessungsgrundlage binnen eines Jahres eingeführt werden kann, wie es Merkel und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy wünschen. Dazu müssen erst viele Besonderheiten des nationalen Steuerrechts verschwinden. So schlägt die EU-Kommission etwa gemeinsame Abschreibungsregeln vor. Für die Staaten sind Sonderabschreibungen aber ein beliebtes Mittel, um ihre Wirtschaft anzukurbeln.

Einstimmigkeit nötig – Irland will Widerstand leisten

Ganz einfach dürfte die Durchsetzung der Pläne also nicht werden. Kommt hinzu, dass Irland bereits Widerstand angekündigt hat, und in Steuerfragen ist Einstimmigkeit nötig ist.

Irland profitiert von der aktuellen Regelung. So ist Irlands Körperschaftssteuersatz mit 12,5 Prozent in der EU einer der niedrigsten. Internationale Konzerne verlagern daher gern ihre Europa-Zentrale nach Dublin – was immer wieder für Kritik von deutscher Seite gesorgt hat. Für ein international agierendes Unternehmen wäre es nach den neuen Plänen im Vergleich zu heute aber egal, ob das europäische Hauptquartier in Dublin, Berlin oder Paris sitzt. Noch im vergangenen November wurde den Iren zugesichert, dass sie ihre tiefen Unternehmenssteuern nicht anzuheben brauchen. Die neuen Pläne der EU-Zentralisten drohen, diese Zusagen zur Makulatur zu machen.

DRUCK AUF DIE SCHWEIZ NIMMT ZU

Amtshilfe in Steuersachen: Schweiz darf nicht weiter nachgeben

Die Schweiz wird erneut unter Druck gesetzt. Die Anforderungen für die Amtshilfe in Steuersachen sollen weiter gelockert werden, so die Forderung einer OECD-Behörde. Die Schweiz darf diesem Druck keinesfalls nachgeben. Die SVP kämpft weiter konsequent für den Schutz der Privatsphäre und wird sich dezidiert gegen deren erneute Aufweichung wehren. Der Bundesrat ist offenbar bereits wieder eingeknickt. Das Parlament muss dies nun korrigieren und standhaft bleiben.

SVP. Die Versprechungen, welche im Zusammenhang mit den neuen Doppelbesteuerungsabkommen gemäss Art. 26 des OECD-Musterabkommens gemacht wurden, sind bereits wieder Makulatur. Die SVP hat sich gegen diese Abkommen gestellt, weil sie die doppelte Strafbarkeit aufheben und damit die Rechtsstaatlichkeit unterlaufen. Damals wurde dem Parlament auch versprochen, dass die Identifikation von Steuerpflichtigen zwingend mit Name und Adresse erfolgen muss. Nun sollen auch andere Identifikationsmittel wie eine Kontonummer ausreichen. Die Bedenken der SVP gegenüber den neuen Doppelbesteuerungsabkommen bewahrheiten sich also. Die Schweiz soll auf Druck der OECD erneut nachgeben und die Anforderungen für Amtshilfe aufweichen. Der Bundesrat ist offenbar bereits eingeknickt und beantragt dem Parlament in unseriösem Eilzugstempo entsprechende Anpassungen. Für die SVP ist klar, dass das Parlament hier nun entschlossen Gegensteuer geben muss. Die Schweiz darf dem Druck der OECD nicht zum wiederholten Mal nachgeben. Die Salamitaktik zur Schwächung des Finanzplatzes Schweiz ist zu demaskieren. Die Privatsphäre der Bankkunden darf nicht weiter preisgegeben werden. Die SVP lehnt eine erneute Anpassung und Uminterpretation der Doppelbesteuerungsabkommen dezidiert ab. Schliesslich haben die jeweiligen Länder den Abkommen erst vor kurzem zugestimmt. Allfällige Drohgebärden aus dem Ausland, wie sie in den letzten Jahren mehrfach vorkamen, sind entschieden zurückzuweisen. Wer jetzt nachgibt, schadet den Interessen der Schweiz.

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

390,6 Mio. Franken Defizit beim ZVV

Diese Woche genehmigte der Kantonsrat einen Rahmenkredit von 390,6 Mio. Franken für den Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) und die Grundsätze über die mittel- und langfristige Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Ruedi Menzi (SVP, Rüti) eröffnete in seiner Funktion als Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) die Debatte: Die KEVU habe den Rahmenkredit einstimmig genehmigt. Der Ausbau des Angebots werde im Jahr 2011 auf die Glattalbahn beschränkt. Das betroffene Busnetz im Glattal werde entsprechend angepasst. Im übrigen Verbundgebiet würden wegen der finanziellen Rahmenbedingungen nur einzelne kostenneutrale Angebotsänderungen umgesetzt werden können. Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung 2008 und 2009 seien die Verkehrserträge deutlich hinter den vorhergesagten Werten zurückgeblieben. Dies habe starke Auswirkungen auf die finanzielle Entwicklung 2010 und 2011. So mussten bereits für das Budget 2010 kurzfristig Sparmassnahmen im Umfang von rund 15 Mio. Franken bei den Verkehrsunternehmen und der Verbundorganisation eingeleitet werden, um die Kostenunterdeckung auf dem Stand des im Rahmenkredit 2009/2010 eingestellten Wertes halten zu können. Da voraussichtlich auch der Verkehrsertrag 2010 geringer ausfallen werde als budgetiert, bestünde auch ohne die Massnahmen des San10 Handlungsbedarf, um den KEF-Wert von 394 Mio. Franken einhalten zu können. **Lorenz Habicher** (SVP, Zürich) betonte, dass der Rahmenkredit von 390 Mio. Franken zur Hälfte von den Gemeinden finanziert werde. Der öffentliche Verkehr sei nicht fähig, die bestehenden Betriebskosten zu decken. Dies müsse denen vor Augen geführt werden, welche ein Angebotsausbau fordern würden. Der ZVV werde hervorragend geführt und weise eine beispielhafte Performance vor. Darum werde die SVP diesem Kredit zustimmen. Allerdings müsse auch auf ein paar wichtige Punkte hingewiesen werden. Die Vorlage sei kein Wunschprogramm. Die Eröffnung der dritten Etappe der Glattalbahn bringe laufende Kosten von 9 Mio. Franken. Der ÖV habe einen Preis, der aber nicht von den Fahrgästen bezahlt werde. Wie lange können wir uns diese Unterdeckung noch leisten? Darum habe die SVP schon vor Jahren gefordert, dass die Unterdeckung auf 300 Mio. Franken plafoniert werden müsse. Der Volkswirtschaftsdirektor **Ernst Stocker** (SVP) stellte fest, dass die Verkehrserträge erfreulicherweise stiegen und wir uns auf einem guten Pfad befinden würden. Die Standortattraktivität sei ungebrochen. Die Mobilität und die Ansprüche an den ZVV steigen. Allerdings seien die Möglichkeiten für einen weiteren Ausbau gering. Das Schlüsselprojekt Durchmesserlinie werde erst im Jahr 2014 in Betrieb genommen. Der Rahmenkredit wurde einstimmig genehmigt.

Angebot und Tarif

Gemäss dem Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr beschliesst der Kantonsrat mit dem Rahmenkredit die Grundsätze über die Tarifordnung sowie über die mittel- und langfristige Entwicklung des Angebotes. Im Rahmen einer Weiterentwicklung und Anpassung auf die Bedürfnisse des ZVV wurden die wichtigsten Indikatoren festgelegt, aus denen die zentralen Steuerelemente abgeleitet werden können. Durch das Wachstum der Bevölkerungszahl und der Arbeitsplätze dürfte die Nachfrage im öffentlichen Verkehr auch in der Zeit nach 2016 weiter zunehmen. Aufgrund der sehr langen Planungs- und Realisierungsfristen bei Schieneninfrastrukturen muss deren Planung frühzeitig an die Hand genommen werden. Die Ratslinke wollte mit einem Minderheitsantrag den Nachtzuschlag aufheben. Ruedi Menzi betonte, dass das Nachtangebot eine Sonderleistung darstelle. Dieses dürfe nicht von den Pendlern finanziert werden. Der Ertrag aus den Nachtzuschlägen belaufe sich auf 6 Mio. Franken pro Jahr und werde zu 40 Prozent durch die Kundenaktion der ZKB finanziert. Der Einnahmeausfall müsste kompensiert werden. **Hanspeter Haug** (SVP, Weiningen) doppelte nach: Das Nachtangebot sei eine Erfolgsgeschichte. Diese habe seinen Preis und müsse verursachergerecht bezahlt werden. Der ZVV könne es sich nicht leisten, auf diese Einnahmen zu verzichten. Regierungsrat Ernst Stocker bestätigte, dass das gute Nachtnetz weitergeführt und ausgebaut werden müsse. Dies habe auch seinen Preis. Zudem sei der Vertrag mit der ZKB bereits neu abgeschlossen und die Verantwortlichen beim ZVV erarbeiten eine Lösung um den Zugang zum Nachtzuschlag zu verbessern. Ein vereinheitlichter Nachtzuschlag in der Metropolitanregion sei das Ziel. Das gut funktionierende Nachtnetz sei zudem kostendeckend, warum solle da etwas geändert werden. Der öffentliche Verkehr gewährleiste einen sehr hohen Wert am Gesamtverkehrsfluss. Damit könne die benötigte Mobilität aufrecht erhalten werden. Der Individualverkehr dürfe nicht gegen den öffentlichen Verkehr ausgespielt werden. Im Gegenteil: Es müssten beide Verkehrsträger als integrierte und notwendige Bestandteile gefördert werden.

Der Kantonsrat bestätigte die gradlinige Verkehrsstrategie unseres Volkswirtschaftsdirektors zum Wohle von Wirtschaft und Bevölkerung und lehnte den Antrag der Linken ab.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Der ZVV im Fokus

HANSPETER HAUG
KANTONSRAT SVP
WEININGEN

Am vergangenen Montag standen der Rahmenkredit für die Fahrplanperiode 2011 sowie die Grundsätze über die mittel- und langfristige Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personalverkehr des Zürcher Verkehrsverbundes zur Debatte. Wer glaubte, diese ZVV-Geschäfte würden in Kürze durchgewinkt, wurde schnell einmal eines Anderen belehrt. Die Beratungen dieser Geschäfte beanspruchten letztendlich den ganzen Morgen.

Während bis anhin in einem 2-Jahres-Turnus über die Rahmenkredite befunden wurde, musste diesmal nur über die Periode 2011 abgestimmt werden. Grund dafür waren einerseits die möglichen Auswirkungen des regierungsrätlichen Sanierungsprogramms10 und andererseits die Anpassung des ZVV auf die Fahrplanperiode des Bundes. Dieser Rahmenkredit gleicht die Unterdeckung des Aufwandes des Verkehrsverbundes aus. Oder mit anderen Worten, der öV ist nicht fähig die entstehenden Betriebskosten aus den Verkehrserträgen zu decken. Dieser Betrag wird zu gleichen Teilen von Kanton und Gemeinden finanziert.

Während diese Mitfinanzierung durch die öffentliche Hand auf der linken Ratsseite als völlig normal und selbstverständlich betrachtet wird, wies der SVP-Sprecher einmal mehr darauf hin, dass im Gegensatz zum öV der Individualverkehr seine Aufwendungen selber deckt.

Bei den Grundsätzen zur künftigen Entwicklung beantragte die SP die Aufhebung des Nachtzuschlages mit der Begründung, dass sich das Ausgehverhalten gegenüber früher grundlegend geändert habe und dass die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel diesem Rechnung zu tragen habe und dementsprechend zum Grundangebot gehöre. Dieser Argumentation konnte von bürgerlichen Seite klar widersprochen werden, mit dem Hinweis, dass aus diesem Nachtzuschlag immerhin 6 Mio. Franken Einnahmen generiert würden, und dieses Nachtangebot nach wie vor kostendeckend zu betreiben sei. In der Abstimmung wurde der SP-Antrag klar abgelehnt.

Völlig uneins war man sich auch in der Frage bei der Einführung eines neuen Sicherheitsdienstes und dadurch der Aufhebung der Begleitung durch Zugchefs. Wurde in der vergangenen Diskussion der ZVV, und dies völlig zu Recht, von linker Seite für seine Innovation und gute Geschäftsführung gelobt, drang bei diesem Thema mehr und mehr der gewerkschaftliche Gedanke in den Vordergrund. Wollte man den aufgezeigten Schreckenszenarien glauben schenken, hätte man beileibe meinen können, der Weiterbestand des ZVV stehe auf dem Spiel. Eine junge Genossin, noch völlig verfangen in ihrer Abstimmungskampfrethorik zur Waffeninitiative, beschwor das Bild von knüppelbewehrten und Revolver schwingenden Zugrambos herauf, die sich künftig durch die Zugsabteile bewegten. Doch auch hier obsiegte schliesslich die Vernunft, indem dem Antrag der Regierung und somit einem neuen Sicherheitsdienst zugestimmt wurde. Auch die nachfolgenden Anträge von links-grüner Seite bezüglich Fahrzeugbeschaffung sowie sozial- und umweltverträgliche Wettbewerbsordnung fanden keine Mehrheiten.

Abschliessend kann gesagt werden, dass der Rat eine ausgewogene Vorlage verabschiedet hat, dies auch im Wissen, dass die Bestellung von Leistungen, die wir in der Strategie und den Grundsätzen für die nächsten vier Jahre festlegen, unweigerlich Kostensteigerungen in den kommenden Rahmenkrediten nach sich ziehen werden.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… ein Postulat betreffend Verkehrstechnische Massnahmen in der Zone für verkehrsintensive Einrichtungen in Affoltern a.A. für dringlich erklärt.	☹
… die Grundsätze über die mittel- und langfristige Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr genehmigt.	☺
… den Rahmenkredit des ZVV für die Fahrplanperiode 2011 genehmigt.	☺

14. Februar 2011

LÄNDLICHER RAUM GEFÄHRDET

Irrungen in der Raumplanung

Die Raumplanung wird in nächster Zeit wieder stärker ins Zentrum des Interesses rücken. So stellte der Bundesrat kürzlich ein Konzept vor, welches als strategische Grundlage für die künftige Raumentwicklung dienen soll. Konkreter wird die zukünftige Raumentwicklung im eidgenössischen Parlament jedoch im Rahmen der Landschaftsinitiative diskutiert, welcher der Bundesrat einen indirekten Gegenvorschlag in Form einer Teilrevision des Raumplanungsgesetzes gegenüberstellen will.

HANS RUTSCHMANN
NATIONALRAT SVP
RAFZ

Die Landschaftsinitiative fordert im Wesentlichen eine hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen und eine Begrenzung des Bauens im Nichtbaugebiet. In den Übergangsbestimmungen verlangt sie, dass die Gesamtfläche der Bauzonen während 20 Jahren nicht vergrössert werden darf. Es entspricht schon fast einer Tradition in Bern, dass der Bundesrat Volksinitiativen zwar zur Ablehnung empfiehlt, mittels eines Gegenvorschlages einen Grossteil der Forderungen jedoch aufnimmt und teilweise sogar noch schärfere Gesetzesbestimmungen vorschlägt. So geschehen bei der Offroader-Initiative, welcher mit einer Änderung des CO_2-Gesetzes begegnet werden soll. So plant es der Bundesrat auch mit der Landschaftsinitiative und dem geplanten Gegenvorschlag im Raumplanungsgesetz.

Bekanntlich zog der Bundesrat vor einiger Zeit seinen Entwurf für eine Totalrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG) wieder zurück, nachdem dieser in der Vernehmlassung grandios scheitere. Viele der damals heftig umstrittenen Vorschläge finden sich nun aber wieder in der vorliegenden Teilrevision des Raumplanungsgesetzes.

Bauzonen als Spielball der Planer

Grosse Veränderungen sind im Bereich der Bauzonenflächen vorgesehen. Sie sollen künftig nur noch den Bedarf der nächsten 15 Jahre abdecken, weitergehende Baulandreserven sind zu reduzieren. Dieses Vorgehen wird in der Praxis zu Auszonungen grösseren Ausmasses führen. Dies ist vor dem Hintergrund einer stark wachsenden Bevölkerung nur schwer verständlich. Gegenwärtig nimmt die Bevölkerungszahl in der Schweiz jährlich um ungefähr 80 000 Personen zu. Das Bundesamt für Statistik prognostiziert in einem mittleren Szenarium eine Bevölkerungszahl von 9 Millionen. Neuere Studien gehen davon aus, dass diese Zahl bereits im Jahre 2020 erreicht werden könnte. Nur mit einer inneren Verdichtung, ohne zusätzlichen Baulandverbrauch, kann der künftig notwendige Wohnraum kaum bereitgestellt werden. Dies umso mehr, als über bauliche Verdichtungen ebenfalls kein Konsens besteht. Bei einer PBG-Revision im Kanton Zürich in den Neunzigerjahren erhielten die Gemeinden erstmals die Möglichkeit, zugunsten einer verdichteten Bauweise auf eine Ausnützungsziffer zu verzichten. Flugs empfahlen ihnen die Ortsplaner auf die Baumassenziffer auszuweichen und unterliefen damit gezielt die Bestrebungen für ein verdichtetes Bauen.

Eine Reduktion der Bauzonenflächen bei einer gleichzeitig höheren Nachfrage wird sich auch unweigerlich auf den Landpreis auswirken. Höhere Landpreise, immer strengere Bauvorschriften und mehr Bürokratie werden längerfristig zu massiv steigenden Mietzinsen führen. Heute verfügen wir über einen funktionierenden Wohnungsmarkt. Bei einer künstlichen Baulandverknappung ist dies längerfristig nicht mehr gewährleistet.

Gefährdeter ländlicher Raum

Die Teilrevision des Raumplanungsgesetzes wird aber auch in unseren Dörfern zu negativen Auswirkungen führen. So dürfen Bauzonen nur noch in Gebieten, welche mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossen sind, bezeichnet werden. Im Kanton Zürich würde dies dazu führen dass in Gebieten, welche abseits von S-Bahnlinien liegen, keine Bevölkerungsentwicklung mehr möglich sein würde. Dies mit den bekannten negativen Folgen für die Kindergärten, Schulen und Läden. Diese Tendenz wird noch verstärkt durch den Vorschlag, dass Lage und Grösse der Bauzonen über die Gemeindegrenzen hinaus abzustimmen sind. Dies bedeutet, dass nicht mehr jede Gemeinde über eigene Baulandreserven verfügen darf. Damit wird die Raumplanung viele Gemeinden in ihren Entwicklungsmöglichkeiten einschränken. Und eine Gemeinde, welche über keine bauliche Perspektive verfügt, wird längerfristig zum Problem- resp. Fusionsfall.

Massive Eingriffe ins Eigentumsrecht

Vorgesehen sind jedoch auch eine ganze Reihe von eigentumsfeindlichen Regelungen wie Fördermassnahmen zur Verfügbarkeit des Baulandes oder die Mehrwertabschöpfung. So sollen die Behörden die Kompetenz erhalten, dem Grundeigentümer eine Frist zur Überbauung ihres Grundstückes zu setzen. Andernfalls könnte die zuständige Behörde das Land einer Überbauung zuführen. Diese Regelung würde dazu führen, dass auch dann gebaut werden müsste, wenn keine zwingende Nachfrage besteht oder der Grundeigentümer aus persönlichen Gründen noch nicht bauwillig ist. Anstatt mit dem Bauland haushälterisch umzugehen, würde damit der Landverschleiss staatlich vorgeschrieben. Der Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative wird gegenwärtig in der zuständigen parlamentarischen Kommission beraten und dürfte spätestens in der Sommersession im Nationalrat behandelt werden. Es bleibt zu hoffen, dass dieser dirigistische, eigentumsfeindliche Vorschlag im Parlament scheitert oder zumindest entschärft wird.

Andernfalls müsste man sich wohl Gedanken über ein Referendum machen.

EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

Erika Zahler

Alter:	*50 Jahre*
Beruf:	*Unternehmerin IT-Branche/Hausfrau*
Gemeinde:	*Boppelsen*

Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?

Durch mein Engagement in der Familie (zwei Kleinkinder), als Gemeinderätin und in meiner eigenen Firma waren die Ressourcen begrenzt. Deshalb trat ich der SVP erst bei, als ich mit gutem Gewissen eine aktive Mitgliedschaft meinerseits sah. Da ich schon als Gemeinderätin das Gedankengut der SVP unterstützte, zeichnete sich mein Beitritt schon bald ab. 2006 wurde ich dann Mitglied der SVP.
Beigetreten bin ich, weil es die Partei ist, die sich für die Schweiz einsetzt und meinen politischen Vorstellungen am nächsten kommt. Hier fühle ich mich zuhause.

Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?
Als Vorstandsmitglied der SVP Bezirk Dielsdorf bin ich verantwortlich für unsere Bezirks-Homepage; zudem bin ich kantonale Delegierte. Ich übernehme immer wieder zusätzliche Aufgaben wie z.B. als OK-Mitglied des SVP Schiessens 2010. Die Palette reicht weiter von Standaktionen bis zum Mitglied der Wahlkommission des Bezirks, sowie aktive Wahlunterstützung für die SVP-Regierungsräte, -Nationalräte usw.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz?
Da habe ich doch einige Wünsche, die mir am Herzen liegen:

- *Die Stärken und Werte der Schweiz sollen erhalten bleiben und gepflegt werden!*
- *Die Schweiz soll ihre Unabhängigkeit behalten.*
- *Die Verschuldung soll abgebaut werden, damit wir einen gesunden Staat haben, den wir mit Stolz der nächsten Generation weiter geben können.*
- *Unter Berücksichtigung des Gesamtwohls und der Nachhaltigkeit sollen optimale Rahmenbedingungen für Unternehmen geschaffen werden.*
- *Die Politik soll gewährleisten, dass die Steuern tief bleiben und somit der Bürger auf der Gewinnerseite steht.*
- *Der Bürokratie und dem grassierenden Papiertiger soll Einhalt geboten werden.*
- *Unser einmaliges Dualsystem (Berufslehren) soll gestärkt werden und die Bildung ihr hohes Niveau behalten.*

Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?
Für mich gibt es nicht DIE Person als Vorbild. Es gibt viele Persönlichkeiten, denen ich Achtung aussprechen kann.
Meine Anerkennung erhalten all die Leute, die Ihre Zeit für die Allgemeinheit zur Verfügung stellen, und nicht sich in den Mittelpunkt setzen.

Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?
Als Kantonsratskandidatin im Bezirk Dielsdorf gilt mein aktuelles politisches Engagement den Wahlen im April. Nach 8 Jahren im Gemeinderat würde ich gerne meine gesammelten Erfahrungen aus der Gemeinderatspolitik in den Kantonsrat tragen und mich so zum Wohle des Kantons Zürich einsetzen.
Ferner werde ich mich immer wieder für Sachpolitik, Initiativen und Referenden einsetzen, die unserer SVP-Politik entsprechen.
Mehr erfahren Sie auf meiner Homepage www.erika-zahler.ch

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen

Pneuhaus Schaufelberger
Fabrikstrasse 3, 8340 Hinwil
044 937 43 91

SVP VOLKETSWIL

Racletteessen der SVP Volketswil

Im vollen Saal der reformierten Kirchgemeinde konnte der Parteipräsident Jörg Leuenberger viele Mitglieder der SVP Volketswil und zahlreiche Gäste begrüssen.

So durfte SVP-Regierungsrat Markus Kägi mit Ehefrau Marianne willkommen geheissen werden. Ebenfalls die Kantonsräte Bruno Walliser, Beat Stiefel, Heinrich Wuhrmann und Orlando Wyss und die Kantonsratskandidaten Karl Bertschinger, Beni Fischer, Giuseppe Biacchi und Stefani Fritschi.

Bevor der würzige Raclettekäse schmolz, konnten sich alle Kandidierenden kurz vorstellen.

Die Mitglieder der SVP Volketswil hoffen, dass unsere beiden Regierungsräte Markus Kägi und Ernst Stocker mit gutem Wahlergebnis wiedergewählt werden, ebenso alle bisherigen Kantonsräte, sowie die übrigen Kandidierenden der Liste 1.

Der gemütliche Abend wurde anschliessend mit einem feinen Dessert und Kaffee abgerundet.

Regierungsrat Markus Kägi mit den SVP-Kantonsräten und Kantonsratskandidaten des Bezirks Uster.

LESERBRIEF

Fall Bonstetten

Die Berichte über das Gutachten von Prof. Breitschmied über den «Fall Bonstetten» bringt einiges an den Tag. Keine Aufmerksamkeit wird aber dem Datenschutz gewidmet, der leider auch in diesem Fall eine fragwürdige Rolle spielte. Aus dem Gutachten erfahren wir, dass die Bonstetter Behörde bereits zwei Jahre intensiv mit Vater, Mutter und Florian nach einer Lösung gesucht hatte, als sie aus den Medien über das kriminelle Vorleben des Vaters erfuhr! Einmal mehr stellen wir fest, dass Datenschutz vor allem Täterschutz bedeutet. Kommt dazu, dass praktisch jeder Entscheid der Behörde via Rekurs der Anwälte von Vater und Mutter in Frage gestellt wurde. Jetzt die Überforderung der Behörde als das einzige Problem hinzustellen, ist doch sehr einfach. Im Fall Bonstetten propagiert der Justizdirektor nun die Professionalisierung der Behörde als Lösung aller Probleme. Doch gerade das Gutachten der Psychologin, also einer Fachperson, veranlasste die Vormundschaftsbehörde, dem Vater das Sorgerecht für den zu Sohn zu übergeben. Ein weiterer Beweis, dass der Ruf nach Professionalisierung weniger der Sache dient, sondern vielmehr als eine Werbeaktion aus der Branche zu betrachten ist, die von höheren Löhnen und erweitertem Stellenangebot zu profitieren hofft. Die Aargauer Justiz liefert aktuell ein weiteres Beispiel: Eine Untersuchung im Fall Lucie (Baden) zeigte die Schwachstellen auf. Um diese erkannten Probleme anzugehen betreute der Aargauer-SP-Justizdirektor Dr. Hofmann einen SP-Untersuchungsrichter Dr. Miotti mit dem Mandat, die Problemlösung anzugehen. Nach nunmehr einem Jahr stellen die Eltern von Lucie total enttäuscht fest, dass gar nichts geschehen ist. Nun hat Regierungsrat und Justizdirektor Dr. Hofmann Dr. Miotti das Mandat entzogen, nachdem sich dieser vor Gericht vehement gegen den Mandatsentzug gewehrt hatte. Soviel zur Unfehlbarkeit der professionalisierten Behörden.

Rosmarie Frehsner, Dietikon

Politik, Ghackets und Hörnli
Wahlveranstaltung mit den Regierungsräten Markus Kägi und Ernst Stocker

Samstag, 5. März 2011, ab 10.00 Uhr
Gottlieb Welti Weinkellerei, Obere Heslibachstrasse 86, 8700 Küsnacht
(Parkplätze vorhanden)

Programm (ab 11.00 Uhr):

Begrüssung **Theres Weber**, Kantonsrätin / Präsidentin SVP Bezirk Meilen

Kurzreferate **Markus Kägi,** Regierungsrat / Baudirektor
Ernst Stocker, Regierungsrat / Volkswirtschaftsdirektor
Gregor Rutz, Kantonsratskandidat / Vizepräs. SVP Kt. ZH

Moderation **Hans-Peter Amrein**, Kantonsratskandidat

Ab 12 Uhr sind alle Teilnehmer recht herzlich zum Mittagessen eingeladen. Die SVP Küsnacht offeriert «Ghackets und Hörnli». Ebenso steht ein Getränke- und Kuchenbuffet zur Verfügung.

Musikalische Umrahmung:
Hadliker Huusmusig

Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme.

SVP Küsnacht

www.svp-kuesnacht.ch PC-Konto 80-158666-7

Liste 1 SVP Die Partei des Mittelstandes SCHWEIZER QUALITÄT

IMPRESSIONEN KANTONSRATSWAHLKAMPF

Schweizer wählen SVP

Die Kantonsratskandidatinnen und Kantonsratskandidaten der SVP des Bezirks Hinwil im Wahlkampf.

Ansprechen.

Zuhören.

Überzeugen.

Unterschriften sammeln.

Wir kaufen

Mehrfamilienhäuser / Abbruchobjekte
Bauland und Villen

Angebote an:
Konrad Gadient, Postfach 311, 8501 Frauenfeld
052 720 34 35 – 079 207 49 80

konrad.gadient@bluewin.ch

MASSIVE VERWERFUNG DER ENTWAFFNUNGS-INITIATIVE

Ja zur Miliz

Volk und Stände haben die Entwaffnungs-Initiative so deutlich verworfen, dass den Medienmachern bloss perplexes Staunen bleibt.

ULRICH SCHLÜER
NATIONALRAT SVP
FLAACH

Die Medien-Parteinahme für die Entwaffnungs-Initiative war drastisch. Besonders markant mit der penetrant verbreiteten Behauptung, nahezu «alle Frauen» würden dieser Initiative zustimmen – und damit zu einem komfortablen Sieg verhelfen. In der Abstimmung blieb von dieser Behauptung allerdings keine Spur … Die Schweiz sagte am 13. Februar 2011 vielmehr klar Nein zur Entwaffnungs-Initiative.

Ja zur Schweiz

Das Nein zur Entwaffnungs-Initiative ist ein Ja zur Schweiz, ein Ja zur Milizarmee, getragen von Bürgern, die als Soldaten auch für die Verteidigung der Schweiz persönlich einstehen. Ihnen schenkt der Souverän das Vertrauen, ihre persönliche Ausrüstung – damit im Notfall sofort einsatzfähig – mitsamt persönlicher Waffe zuhause aufzubewahren. Seit nunmehr zweihundert Jahren hat dieses Miliz-Prinzip zur Verteidigung der Schweiz unserem Land Frieden und Freiheit gesichert. Dies war dem Souverän am 13. Februar Richtschnur.

Die von der Entwaffnungs-Initiative verfolgte absurde Idee, Waffen akribisch zu zählen und bürokratisch zu registrieren statt Waffenmissbraucher – also Kriminelle – kompromisslos zu verfolgen und streng zu bestrafen, ist mit der Verwerfung dieser Initiative hoffentlich definitiv vom Tisch.

Für weitere Verschärfung des Waffengesetzes, für weitere Schikanierung der Verantwortungsbewussten ist nach dem deutlichen Entscheid des Souveräns kein Platz – was immer Bundesrätin Sommaruga gleichsam als Geisel ihrer Partei an widersprechenden Absichten auch ankündigt. Volk und Stände haben unser freiheitliches Waffenrecht bestätigt. Die Schweizerinnen und Schweizer verlangen lediglich konsequentere Bestrafung jener, die Schusswaffen für kriminelle Zwecke missbrauchen.

Damit resultieren aus dem Abstimmungsergebnis vom 13. Februar zwei konkrete Forderungen:

Erstens: Freiheit!

Mittels parlamentarischem Vorstoss ist die alte Ordnung wieder herzustellen, wonach jeder Wehrmann, der seine militärische Dienstpflicht vollständig erfüllt hat, der während seiner Dienstpflicht auch das «Obligatorische» immer geschossen hat, der Kompetenz und Verantwortungsbewusstsein mit seiner Waffe also umfassend bewiesen hat, diese seine persönliche Waffe am Ende seiner Dienstzeit wieder kostenlos erhält (heute wird sie ihm nur gegen Bezahlung ausgehändigt).

Ausserdem ist sein tadelloser Umgang mit der Waffe während der Zeit seiner militärischen Einteilung Tatbeweis genug, dass ihm am Tag der Entlassung ohne weitere Auflagen der Waffenerwerbsschein ausgehändigt wird, der ihn zum Besitz seiner persönlichen Waffe legitimiert.

Zweitens: Missbrauchs-Bestrafung

Ein weiterer parlamentarischer Vorstoss ist fällig, der konsequent harte Bestrafung verlangt für jeden Schusswaffen-Missbrauch mit krimineller Absicht: Wer bei der Begehung einer strafbaren Tat eine Waffe auf sich trägt, wird – ob er mit der Schusswaffe geschossen, ob er mit ihr bloss gedroht oder ob er sie lediglich «für alle Fälle» auf sich getragen hat – in jedem Fall mit einer unbedingten Freiheitsstrafe bedacht. Das ist die wirksamste, einschneidendste Massnahme gegen Waffenmissbrauch – gleichzeitig ein markanter Beitrag an die öffentliche Sicherheit. Und damit werden endlich die Kriminellen, nicht die verantwortungsbewussten Schützen getroffen.

Diese Forderung wurde vor einigen Jahren im Nationalrat bereits einmal eingebracht. Damals scheiterte sie – weil sich die politische Linke zu jenem Zeitpunkt jeglicher schärferen Strafverfolgung von Waffenmissbrauchern widersetzte. Nach verlorener Entwaffnungsabstimmung dürften selbst die Linken – wenn sie nicht alle Glaubwürdigkeit verlieren wollen – realisieren, dass der Zeitpunkt zum Umdenken überfällig geworden ist.

Beide Vorstösse werden in der am 28. Februar 2011 beginnenden März-Session im Nationalrat eingereicht werden.

Kommentare zur Abstimmung über die Waffeninitiative:

Ja zur Armee, Ja zum mündigen Bürger

Mit dem Nein zur Waffeninitiative haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ein klares Bekenntnis zur Neutralität und damit zur Milizarmee abgelegt. Ebenso haben Sie sich klar gegen eine weitere Entmündigung des verantwortungsvollen Bürgers ausgesprochen. Die SVP freut sich über die Bewahrung der Freiheit und Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger.

SVP. Zur dauernd bewaffneten Neutralität unseres Landes gehört die Milizarmee. Sie ist eine der wichtigsten Staatssäulen der Schweiz. Eine entwaffnete Armee ist eine geschwächte Armee. Dies haben auch die Schweizerinnen und Schweizer erkannt. Mit dem Nein zur Waffeninitiative haben sie den «Armee-Abschaffern» erneut eine klare Absage erteilt. Es wurde klar erkannt, dass die Schweiz nicht sicherer wird, wenn nur noch Kriminelle Waffen besitzen, die sie illegal erworben haben. Die Ablehnung der Waffeninitiative ist auch ein Zuspruch der Schweizerinnen und Schweizer zur stolzen Schützentradition. Mehr als 85 Prozent der Schützen üben ihren Sport mit einer Armeewaffe aus. Ohne sie hat das Schiessen als Breitensport keine Zukunft. Schliesslich hat das Stimmvolk ein deutliches Zeichen gegen die zunehmende Bevormundung verantwortungsvoll handelnder Bürgerinnen und Bürger gesetzt.

Verwässerung eines Volksentscheids?

Verkehrte Welt nach dem klaren Verdikt des Souveräns. Obwohl er mit 56,3 Prozent Nein-Stimmen eine Verschärfung des Waffenrechts verwarf, will Bundesrätin Simonetta Sommaruga dies nicht akzeptieren. Sie plant schon weitere Verschärfungen des Waffenrechts.

politik.ch «Waffenrecht ist streng genug», fasste die NZZ auf der Frontseite den Eidgenössischen Abstimmungssonntag zusammen. Das sieht man im Bundesrat offenbar nicht so. Noch am Abstimmungssonntag stellte die zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga neue Verschärfungen des Waffenrechts in Aussicht. «Ich werde mich persönlich dafür einsetzen, dass wir die Instrumente für den Schutz gegen Waffengewalt weiter gezielt verbessern können», sagte Simonetta Sommaruga im Anschluss an den eidgenössischen Urnengang, der genau solchen Verschärfungen des Waffenrechts eine deutliche Absage erteilten.

Die Initianten und der Bundesrat seien sich immer einig gewesen, dass durch einen Rückgang der im Umlauf befindlichen Waffen die Zahl der Suizide und der Tötungsdelikte sinke, solidarisierte sich die SP-Bundesrätin mit den Initianten. Voraussichtlich bereits Ende April will Sommaruga dem Bundesrat Änderungen des Waffenrechts unterbreiten. Neue Markierungsvorschriften sollen beispielsweise eingeführt werden. Ausbauen will Sommaruga auch den Informationsaustausch mit Ländern ausserhalb des Schengenraums.

Sommaruga erinnerte in ihrer Stellungnahme auch an das Versprechen der Kantone, sich künftig gegenseitig Zugang zu den kantonalen Waffenregistern zu gewähren. Gleichzeitig kündigte Sommaruga an, dass die Kantonspolizeien ab Mai Online-Zugang zu jenen Datenbanken erhalten sollen, die bereits heute zentral beim Bundesamt für Polizei angesiedelt sind. Dort wird heute etwa registriert, wem die Polizei eine Waffe verweigert hat und wem eine Waffe weggenommen wurde.

SP-Bundesrätin erfüllt SP-Forderungen

Ebenfalls eingehen will die SP-Bundesrätin auf die Forderungen ihrer Partei nach einem staatlichen Suizid-Präventionsprogramm.

Allgemein muss Sommarugas Verhalten dahingehend kommentiert werden, dass sie trotz des klaren Urnenganges, der beim jetzigen Status Quo verbleiben will, den Zugang zu Waffen schrittweise weiter erschweren und die Kontrollen weiter verschärfen will.

11. Nationaler SVP-Jasscup mit der SVP-Fraktion

Jasscup der SVP
Samstag, 19. Februar 2011 in Rüti (ZH)

Wann: Samstag, 19. Februar 2011
Beginn 10.30 bis zirka 15.00 Uhr
(Jasszettel-Ausgabe ab 9.00 Uhr)

Ort: Sporthalle Schwarz, 8630 Rüti (ZH)

Organisation
Durch die SVP Kanton Zürich mit OK-Präsident und Jass-Obmann der SVP Schweiz, Nationalrat Bruno Zuppiger und OK-Vizepräsident Kantonsrat Hansheinrich Heusser

Modus
Schieber mit zugelostem Partner (vier Passen à 12 Spiele, alle vier Passen werden gewertet). Detailliertes Reglement liegt auf.

Kartenart
Französische und Deutschschweizer Karten

Preise
Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger sowie eine Vielzahl von schönen und attraktiven Preisen mit zusätzlichem Schätzwettbewerb

Teilnahmegebühr
Fr. 30.– sind an der Eingangskasse zu bezahlen.

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder und SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen. Auch «Nicht-Jasser» sind selbstverständlich herzlich willkommen!

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem unten stehenden Talon anzumelden.

SVP

Spontane Anmeldung vor Ort möglich!

LESERBRIEFE

Masslos oder massvoll?

Die andauernde Problematik der zunehmenden Migrationsströme in unser Land beschäftigt nun die FDP so sehr, dass sie sich kurzerhand dazu entschloss, nur noch jene Leute ins Landesinnere zu holen, welche erstens über eine gute Ausbildung verfügen und zweitens aus dem Schengen-Raum stammen. Ganz neue Töne von jener politischen Partei, welche bei den Abstimmungen über die freie Personenfreizügigkeit gemeinsame Sache mit der Mitte und den Linken gemacht hat. Damals, so hiess es, würden die Befürchtungen und Ängste der viel verhassten und als isolationistisch bezeichneten SVP nie und nimmer eintreffen. Im Gegenteil: Die grenzenlose Einwanderung und die damit verbundene Abkehr des qualifizierten Selektionierens (mitunter gewährleistet durch die damalige Kontingentierung einzelner Arbeitskräfte aus den entsprechenden Ländern und Tätigkeitsfeldern) sollte eine wesentliche Bereicherung für unsere Volkswirtschaft mitbringen. Heute aber wissen nebst der offenbar wach gerüttelten FDP auch viele andere Personenfreizügigkeits-Befürworter, dass dem nicht so ist! Stark gestiegene Sozialausgaben, ein in sich angespannter Arbeitsmarkt (Stichwort: hohe Jugendarbeitslosigkeit) wie auch ein instabiler gewordenes Sicherheitsempfinden der hiesigen Wohnbevölkerung sind traurige, aber eben Tatsachen gewordene Umstände einer «liberal-sozialromantischen Einwanderungspolitik» der vergangenen Jahre. Zeit also, dieser verfehlten Migrationspolitik Einhalt zu gebieten! Die kommenden Parlamentswahlen bieten hierzu Gelegenheit. «Masslos oder massvoll»? Herr und Frau Schweizer entscheiden dannzumal, ob sie sich auf die Seite der einstigen «Verbrecher» einer grenzenlosen Einwanderungspolitik stellen oder eben doch jener politischen Kraft ihr Vertrauen aussprechen werden, welche sich von Beginn weg gegen eine unkontrollierte und inzwischen ausser Rand und Band geratene Asyl-, Ausländer- und Migrationspolitik zur Wehr setzte. «Schweizer wählen SVP» – alle anderen können sich ins Boot der «Heimatmüden» begeben und gespannt darauf warten, wie lange es dauern wird, bis sie und ihre Politik gottjämmerlich absaufen!

Bernhard Diethelm, Vorderthal SZ

Naturpärke und Demokratie

Die Naturpärke führen klar zu einer weiteren Einschränkung der Freiheit, besonders der Eigentumsfreiheit oder Eigentumsgarantie. Nachdem wir jetzt sämtliche Gebiete der Schweiz mit dem Natur-, Heimatschutz-, Raumplanungs- und Umweltschutzgesetz überlagert haben, braucht es keine parastaatliche, den Gemeinden und Kantonen übergeordnete Instanz mehr wie die Parkvereine. Sobald die Bevölkerung zu den Naturpärken ja gesagt hat, ist es für mindestens zehn Jahre mit der Mitsprache vorbei. Der Gemeindevertreter im Parkverein kann von seinen Kollegen und Drittpersonen, die Parkvereinmitglieder geworden sind und eventuell noch Stimmrechte gekauft haben, jederzeit überstimmt werden. Das ist einmal mehr ein grosser Verlust an direkter Demokratie auf der Gemeindeebene. Jetzt heisst es noch, es werde sich nichts ändern, am Schluss kann die Bevölkerung mit ihrem Land und den in den Naturpärken vorkommenden Wasserquellen nichts mehr anfangen und selber bestimmen, alles ist dann reglementiert und vorgeschrieben.

Peter Aebersold, Zürich

Fadegrad

Aus dem Stadtgraben

VON ROLF A. SIEGENTHALER

«Selten klaffte ein derart tiefer Graben zwischen Stadt und Land», titelt der «Tages-Anzeiger» vom Montag auf der ersten Seite. Iwan Städler ortet in den Städten die progressiven Globalisierungsgewinner, die der gesellschaftlichen Öffnung zuneigen, Migration befürworten und nachhaltiges Wachstum fordern, während auf dem Land die konservativen Globalisierungsverlierer leben, ohne Sinn für die moderne Gesellschaft. Der Stadt-Land-Konflikt gehört zur Schweiz. Der Gegensatz zwischen reichen Städten und ländlichen Urkantonen prägte die Schweizer Geschichte. Auch innerhalb der Kantone existierte das Gefälle Stadt–Land. Ersteres begründete das Ständemehr, letzteres die Stadtkantone. Wir von der SVP sehen die politische Ausrichtung der Städte mit Sorge. Zwar konnte die SVP auch in der Stadt Zürich parallel zur Kantonalen SVP grosse Fortschritte erzielen. In den vergangenen Jahren flachte die Erfolgskurve aber merklich ab und pendelte sich bei 20 Prozent Wähleranteil ein. So gesehen sind 34,6 Prozent Nein-Stimmen gegen die Waffeninitiative gar nicht so schlecht. War das Phänomen bisher auf die Städte begrenzt, weitet es sich jetzt aber aus. Der Bezirk Affoltern war genau ausgeglichen 50:50, mit einem ganz leichten Nein-Stimmen-Überhang von 15. Den Agglomerationen gelang es im Kanton Zürich, die Landschaft zu überstimmen. Die zunehmende Bevölkerungsdichte fördert die Entwicklung. Einerseits sieht der Hofpolitologe von SF DRS eine Verstärkung der konservativen Tendenzen in der Schweiz, andererseits stellen wir eine fortschreitende Verstädterung fest, was eher die linken Ideen fördert; widersprüchliche Tendenzen also. Ist es denn wirklich so, dass sich auf der Landschaft die Globalisierungsverlierer einigeln, ängstlich darauf bedacht, ihre kleinkrämerische Welt zu bewahren? Ich kann es nicht wissenschaftlich belegen, aber aufgrund meiner Beobachtungen komme ich zum Schluss, dass der grosse Unterschied in der Art der beruflichen Beschäftigung der Leute liegt. In der Dienstleistungsbranche verspricht man etwas und schaut dann, ob man es halten kann. Die Marktkräfte sind durch den Einzelnen kaum beeinflussbar. In den persönlichen Kontakten gibt es Ausweichmöglichkeiten in der Anonymität der Masse. Die Verbindlichkeit leidet. Wer eine Arbeit hat, deren Produkt direkt von der eigenen Leistung abhängt, kann sich nicht rausreden. Die dörfliche Enge zwingt zur Auseinandersetzung mit dem Mitbürger. Ursache und Wirkung liegen nahe beieinander, während das städtische «Anything goes» utopische Visionen zulässt. Es bleibt die Aufgabe der SVP, in den Städten zu erklären, dass physikalische, wirtschaftliche und menschliche Grundprinzipien auch von progressivsten Wunschbildern nicht aufgehoben werden. Sogar Luftschlösser brauchen Erdbindung, sollen sie gebaut werden. Realismus ist gefragt.

DER KANTON SOLL DER STADT DIE PLANUNG VON STRASSENBAUPROJEKTEN ENTZIEHEN

Verhinderung einer städtischen Wirtschafts- und Verkehrswüste

Der Stadtrat von Zürich, via Tiefbauamt von Stadträtin Ruth Genner, das die Stadt schon vor geraumer Zeit in eine Grossbaustelle verwandelt hat, reduziert mittels gezielter baulicher und verkehrstechnischer Massnahmen systematisch die Kapazitäten des städtischen Verkehrssystems.

ROLAND SCHECK
GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 3

Nun soll mit der Verabschiedung eines «Verkehrskonzepts Innenstadt» die Zürcher City in den nächsten 15 Jahren radikal umgebaut werden. Der behördenverbindliche Masterplan unterwirft das gesamte lokale und Teile des übergeordneten Strassennetzes einem massiven Kapazitätsabbau mit dem Ziel, den Individualverkehr in und durch die Innenstadt einzuschränken oder zu verhindern. In seiner Umsetzung sieht das Konzept vor, flächendeckend Tempo 30 und Begegnungszonen mit Tempo 20 respektive Schritttempo einzuführen. Ein erster Schritt dazu, die Einführung einer Tempo-30-Zone vom Münsterhof bis zum Bürkliplatz und von der Bahnhofstrasse bis zur Limmat, wird in absehbarer Zeit vollzogen. Obwohl auf den Hauptachsen vordergründig Tempo 50 bestehen bleiben soll, werden die Kapazitäten des motorisierten Individualverkehrs weiter massiv reduziert. Es sollen durchgehende Radstreifen oder Radwege errichtet werden und der öffentliche Verkehr wird generell bevorzugt. Wichtige Nebenachsen werden für den Autoverkehr gesperrt oder eingeschränkt. Beispiele dazu sind das geplante Gegenverkehrsregime auf der Uraniastrasse, eine teilweise Schliessung der Sihlstrasse sowie die Schliessung der Beatengasse für den Durchgangsverkehr.

Scheinfrommes Parkierungskonzept

In gross angelegten Begegnungszonen sollen Fussgänger- und Veloverkehr absichtlich gemischt werden, was unweigerlich zu Konflikten führen wird, denn Ignoranz und Rücksichtslosigkeit der Velofahrer sind inzwischen stadtnotorisch geworden. Im Teilkonzept «Parkierung» betont der Stadtrat scheinfromm, er werde sich an den «historischen Parkplatzkompromiss» halten, kündigt aber gleichzeitig an, oberirdische Parkplätze abzubauen und in weit entfernt gelegene Parkhäuser zu verlegen. Die Erfahrung zeigt, dass der Stadtrat mit der Führung einer exakten Parkplatzbilanz grösste Mühe bekundet. Ein erstes Meisterstück, der Abbau aller Parkplätze auf dem Münsterhof und der Abbau von Teilen der Parkplätze in der Fraumünster- und umliegenden Strassen, ist beschlossene Sache. Bei der Parkierung manifestiert sich die Doppelzüngigkeit der rot-grünen Verkehrspolitik deutlich. So fordert die durch Rot-Grün, unter gütiger Mithilfe sogenannter Mitteparteien, durchgepaukte neue Parkplatzverordnung, dass in der Innenstadt Tausende von gedeckten und diebstahlgesicherten Veloabstellplätzen direkt «vor der Haustüre» der Gewerbetreibenden erstellt werden müssen. Dem ungeliebten motorisierten Individualverkehr hingegen wird die Nachfrage nach günstig gelegenen Parkplätzen verschlossen.

Autofeindlichkeit schädigt Volkswirtschaft

Das Verkehrskonzept Innenstadt und der ihm zugrunde liegenden verbitterten ideologischen Autofeindlichkeit seitens der Stadtgewaltigen schädigen die Volkswirtschaft und das Steuersubstrat des gesamten Kantons. Mehr und mehr Klein- und Spezialgeschäfte in der Innenstadt werden um ihre Existenz gebracht oder zum Wegzug gezwungen. Ihre Stellen nehmen meistens internationale Geschäftsketten oder Geschäfte mit ausländischer Besitzerschaft ein, welche sich mehrheitlich auf Massenkundschaft konzentrieren oder sich der Steueroptimierung verschrieben haben. Neu ist das Phänomen, dass auch eingesessene Grossfirmen ihre Sitze in die städtische Peripherie oder gar in die Agglomeration verlegen. Bei derlei standortstrategischen Entscheiden spielt das Verkehrssystem eine zentrale Rolle. Es ist deshalb absehbar, dass mit der Umsetzung des «Verkehrskonzepts Innenstadt» dieser Prozess noch beschleunigt wird. Sollte sich die Stadt in den nächsten 15 Jahren definitiv verkehrstechnisch abriegeln, hat dies weitere, enorme negative Konsequenzen für den gesamten Kanton Zürich.

Verkehrsbehinderung sofort stoppen

Die SVP der Stadt Zürich wird nicht zulassen, dass der rot-grüne Stadtrat die Stadt in eine Wirtschafts- und Verkehrswüste innerhalb des Kantons verwandelt. Der Regierungsrat, andere verantwortungsbewusste Parteien, sowie die Wirtschafts- und Gewerbeverbände sind aufgefordert – gemeinsam mit der SVP – der wirtschaftsfeindlichen Politik der Stadt Zürich einen Riegel zu schieben. Die Kantonsregierung ist ganz besonders gefordert: als Sofortmassnahme soll sie umgehend im Rahmen ihrer gesetzlichen Kompetenzen (Artikel 45 und 50 des Strassengesetzes des Kt. Zürich, 722.1) der Stadt die Planung einzelner, laufender Strassenbauprojekte, welche primär dem Ziel der Verkehrsbehinderung auf dem übergeordneten Strassennetz dienen, entziehen und die Zügel selber in die Hand nehmen.

JETZT REICHTS!

Arbeitsplätze in Gefahr

Bundesrätin Widmer-Schlumpf gefährdet Tausende von Arbeitsplätzen in der Stadt Zürich. Wo bleibt die Reaktion der Zürcher Stadtregierung?

GEMEINDERAT
ROGER LIEBI
PARTEIPRÄSIDENT
SVP STADT ZÜRICH

Mit dem neuerlichen Kniefall von Bundesrätin Widmer-Schlumpf vor der EU sollen ausländische Staaten allein anhand von Kontonummern oder Versicherungspolicennummern Auskunft über die entsprechenden Inhaber und deren Vermögenswerte erhalten. Der Weg zum gläsernen Kunden ist damit frei – allen unglaubwürdigen Beteuerungen der Bundesrätin zum Trotz.

Mit der blossen Ankündigung des Kniefalls vor der EU gefährdet der Bundesrat in der Stadt Zürich Tausende von Arbeitsplätzen – nicht nur bei Banken, Vermögensverwaltern und Versicherungen. Man darf davon ausgehen, dass jeder Bankarbeitsplatz zwei bis vier Stellen im Gewerbe schafft. Zusätzlich stehen die von der linken Stadtregierung geförderten Kultur- und Kunstinstitute sowie besonders der Kunsthandel in einer besonderen Abhängigkeit vom Finanzplatz.

Im Kulturschneckenhaus

Die SVP der Stadt Zürich wehrt sich in aller Entschiedenheit gegen die mutwillige Zerstörung von Arbeitsplätzen und der damit verbundenen Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz tausender Familien zu Gunsten der Forderungen der Europäischen Union und besonders Deutschlands!

Die SVP der Stadt Zürich fordert mit Nachdruck die Zürcher Stadtpräsidentin auf, endlich aus ihrem Kulturschneckenhaus hervorzukriechen und sich gegenüber dem Bundesrat öffentlich in aller Deutlichkeit für allerbeste Rahmenbedingungen für den Finanzplatz Zürich und die damit verbundene Sicherung unzähliger Arbeitsplätze zu äussern.

Es ist allgemein bekannt, dass die Stadtzürcher Volkswirtschaft zu einem erheblichen Teil von den Steuereinnahmen der Finanzinstitute und deren Mitarbeitern abhängt.

Die Lage ist aus Sicht der SVP so ernst, dass sie einen Round Table mit dem Zürcher Bankenverband und dem eigentlich direkt betroffenen Bankpersonalverband zur Planung allfälliger weiterer Schritte ins Auge fasst.

RÜCKBLICK STADTZÜRCHER ABSTIMMUNG

Swissmill-Ausbau – ein Sieg für das Gewerbe

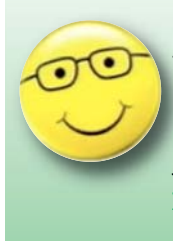
Die SVP der Stadt Zürich ist hocherfreut über das Ja der Stadtzürcher Stimmbürger zum Ausbau der Swissmill.

GEMEINDERAT
ROGER LIEBI
PARTEIPRÄSIDENT
SVP STADT ZÜRICH

Diese Zustimmung ist ein deutliches Zeichen dafür, dass Zürcherinnen und Zürcher günstige Rahmenbedingungen für das Gewerbe wünschen. Mit dem Ausbau der Swissmill können Arbeitsplätze in Zürich gesichert und allenfalls sogar noch ausgebaut werden. Die SVP der Stadt Zürich wertet das deutliche Ja der Stimmbürger als ein Signal an den Stadtrat, sich vorbehaltlos für optimale Rahmenbedingungen für das Gewerbe einzusetzen.

Bedauerlich am Abstimmungsresultat ist allerdings die Tatsache zu werten, dass SP und Grüne offensichtlich ihre Wählerschaft in dieser Frage – trotz offizieller Ja-Parole – nur teilweise hinter sich zu bringen wussten. Die gewerbepolitische Kompetenz der Linken ist offenbar begrenzt.

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP Zürich 7

Kolumnen-Duell mit den Autoren Christoph Mörgeli und **Constantin Seibt**

Moderation: Matthias Ackeret, Chefredaktor «persönlich»

Schlagabtausch zwischen links und rechts

Christoph Mörgeli / Nationalrat

Constantin Seibt / Journalist

Dienstag, 15. März 2011, 19.30 Uhr
(Abendkasse und Theater-Bar ab 18.30 Uhr)
Theater Rigiblick, Germaniastrasse 99, 8044 Zürich
Tickets: 044 361 83 38 oder tickets@theater-rigiblick.ch

Eintritt CHF 20.–

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.
Ihre SVP Kreis 7/ Präsident Urs Fehr

Anfahrt Theater Rigiblick:
Tram 9, 10 oder Bus 33 bis Haltestelle «Seilbahn Rigiblick»
Achtung: **Achtung: Die Seilbahn ist von Januar bis April 2011 wegen Revisionsarbeiten ausser Betrieb. Bitte den Ersatzbus der VBZ benutzen. Er fährt auf den Tramgeleisen stadteinwärts (über Rigiplatz). Fahrzeiten: alle 10 Minuten (00,10, 20, 30, 40, 50 aufwärts; 11, 21, 31 bergabwärts).**
Oder mit dem Quartierbus 39 direkt vors Theater
Parkplätze vorhanden (blaue Zone an der Freudenbergstrasse)

Schweizer wählen SVP

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Heurüstmaschinen Kran- und Kleinmodelle; elektr. Heuschrote mit Kabel, Lanker, Tel. 079 678 81 49.

Holzspalter GEBA 13 t, neu, Frühlingspreis Fr. 3000.–; Wippfräse Occ. Fr. 900.–, Telefon 079 442 95 34.

Deutz Agrofarm 430 mit FH + FZ; **Kreiselschwader Fella,** 8-t-Seilwinde; **20-t-Holzschrotmaschine,** Tel. 079 359 85 16.

Kleinballenförderer Griesser, 6 m, Elektro- oder Zapfwellenantrieb, Fr. 300.–; elektr. **Heuschrotmaschine,** Fr. 50.–; **Lanker Abladegebläse** Typ 400, Fr. 150.–. Kurt Kägi, Unterdorf 12, 8486 Rikon, Tel. 052 383 11 82.

Bucher K4 Einachser mit Triebachs-Anhänger, sehr gepflegt, Fr. 2500.–, 044 853 21 61.

Feldspritze «Birchmeier», 600 l, 15 m, Ordomat Pumpe 60 bar; **Feldhäcksler** gezogen NH 717 super, Gras/Mais, Top-Zustand. Samuel Herrmann, Forenhof 1, 8479 Altikon, Tel. 052 336 20 62.

Robuste Schürzen, für Damen, Herren und Kinder unter, www.toesstaldesign.ch, Telefon 052 386 22 35, Bauma.

Heck-Scheibenmähwerk Pöttinger Novacat 22S H ohne Aufbereiter, Top-Zustand, Tel. 079 564 18 05.

Sitzplatz/Balkon: **Tisch oval,** weiss, 160 x 95 cm, klappbar; **Liegebett,** Holz, fahrbar mit Polster, Tel. 044 941 73 85.

Kreiselheuer Vicon RS 510, günstig. Martin Maag, Regensbergerstr. 21, 8162 Sumikon/Steinmaur, Tel. 044 853 20 79 oder 079 427 38 77.

3 Rinder, hochträchtig, Jetnin/Agio/Snowboy (Blüem), trächtig von Alibaba und Rondy. Isidor Gemperli, Ebnet, 8488 Turbenthal, Tel. 052 385 32 85 abends.

Ein Milliarden-Geschäft: Diese fesselnde Dokumentation beinhaltet über 175 Interviews mit Rechtsanwälten, Gesundheitsexperten, Angehörigen von Opfern und mit Überlebenden. Bestellen Sie umgehend diese DVD, Fr. 35.– inkl. Versand. info@zaricar.ch.

Einachs-3-Seitenkipper, 8 t, hydraulische Bremse, sehr guter Zustand, Telefon 079 290 54 91, Kanton ZH.

Günstig abzugeben: **2 Alu-Rolltore,** 1,56 x 2,70 m, mit Führungschiene; **Chromstahl-Tränketrog,** 1,3 m, kippbar mit Wandkonsole, Tel. 044 984 18 67.

Antiker Pferdeschlitten, sehr schön bemalt, zirka 100-jährig, teilweise restauriert, aus der Engadiner-Schlitteda, Preis Fr. 1900.–, muss abgeholt werden. Mario Zapparoli-Furrer, Eggwiesstr. 72, 8332 Russikon ZH, Tel. 079 351 69 89 oder 044 954 22 16.

Ladewagen Kemper Rol 720, Jg. 1990 mit Doppelrad, Pickup und Kratzbodenverstellung, hydraulisch, 5 Messer (15 möglich), Anhängerkupplung für Mäher, sehr guter Zustand. Hans Wernli, Hardstr. 30, 8614 Bertschikon, Tel. 044 935 38 46.

Obst-Gebläsespritze Birchmeier Rodiax F, 1000 Liter, gezogen, guter gepflegter Zustast. Liselotte und Peter Ruckstuhl, Weidstr. 35, 8706 Meilen, Tel. 044 923 53 53.

Sachentransportanhänger, 1-achsig, Alubrücke, 1,98/3,53 m innen, Höhe Aluläden, 30 cm, Nutzlast 2120 kg, Luftdruckbremse, Doppelräder, Brückenhöhe 90 cm, Anhängeöse, Fr. 1100.–, mit Ausweis. P. Mathis, Altikon, Tel. 079 468 79 19.

Schöner silbrigfarbiger **LCD-Flachbilschirm** Philips. NP 2003, Fr. 628, VP Fr. 120.–, mit CD, bei Bedarf gratis: Boxen Multimedia Speaker System, gratis: Tastatur und Maus. Gratis-Versand, Top-Zustand. Tel. 079 310 73 97.

Infolge Betriebsumstellung: **Ladewagen,** Schilter Nenki LT 8, Jahrgang 1987, **Motormäher Rapid 505** mit BE und Breitbalken, 1,9 m. Karl Iten, Mittelalbis 18a, 8915 Hausen a. A., Tel. 044 764 01 06.

ZU KAUFEN GESUCHT

Traktorenräder 13,6/38, Lochkreis 275 mm, 8-Loch; **Güllenrührwerk-Getriebe** Bucher Mettmenstetten; **Gummimatten** mind 110 x 180, Tel. 052 317 05 22.

Suche günstigen und gut erhaltenen **Mistzetter** ab 6 m³; **CH-Hürlimann-Traktor,** Tel. 078 608 97 52.

Wald- und Rietparzellen.
Telefon 079 420 32 06

Güllenmixer, evtl. mit Untersetzung koder Traktormixer, Schaufelrührwerk, elektr. Heuschrottmesser 220 W, Tel. 079 678 81 49.

IV-Rentner kauft **Arbanduhren, Silber, Briefmarken, alte Ansichtskarten.** Barzahlung und Abholung, Tel. 079 350 97 07.

Wir suchen eine 5 bis 6 Meter lange **Alumistrampe.** Angebote mit Preisangabe an Tel. 079 430 40 84.

Tiffanylampen-Form, Durchmesser 53 cm, Modell Libelle, mit Originalvorlage, Fr. 100.–. Cäcilia Bantli, Chalenstr. 5, 8123 Ebmatingen, Tel. 044 980 08 96.

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**
Komme bei Ihnen vorbei.

044 822 26 11.

ZU VERSCHENKEN

1-Achs-Anhänger, leicht, Brücke 1,70 x 4,30; **Modell-Flugzeug-Räder,** Max Winkler, Dorfstr. 14, 8603 Schwerzenbach, Tel. 044 825 31 35

Gratis abzugeben: **4 Winterpneu,** inkl. Metalfelgen, 195/65 R15 917, **4 Raddeckel** (Seat). J. Stöckli, Tel. 079 35 57.

«Rönnle» (Putzmühle) Kornfreund von Bucher-Guyer mit Sortiersieben, Masse: L 210 x B 82 x H 141 cm, hellgrün, zirka 1945, Hand- und Transmissionsantrieb, gut erhalten, bitte abholen, Lüchinger, Urdorf, Tel. 044 734 12 71.

Süssmostflaschen, 25 l, 10 Stück. Ernst Aeschimann, Hauptstr. 22 Dätwil, 8452 Adlikon, Tel. 079 432 59 54.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

ZU VERMIETEN

Schöne **Ferienwohnung** in La Punt, Engadin, 2 bis 4 Personen, auch für Kleinkinder geeignet. Fr. 100.– Tag + Wäsche + Reinigung. H. Krause, im Boge 14, 8332 Russikon, Tel. 044 954 08 90.

MIETE/KAUF

Wir suchen **Alphütte,** Maiensäss oder ähnliches, bevorzugt im Raum Toggenburg, zur Dauermiete oder Kauf als Feriendomizil, Tel. 079 405 26 89.

DIENSTLEISTUNG

Erstklassige **Produktefotos**, wunderschöne **Porträts**, ideal für Werbung und Verkaufsförderung. www.michaelrippas.ch, Telefon 079 630 93 43.

FREIZEIT/KONTAKTE

Spielen Sie B- oder Es-Tuba oder spielen Sie Posaune?: Sie sind herzlich willkommen in der Harmonie am Bachtel mitzuspielen! Kontakt: Tel. 044 937 21 01.

Ihr Partner im
Zürcher Unterland und Grossraum Winterthur

MICHELIN — Kleber

MULTIBIB

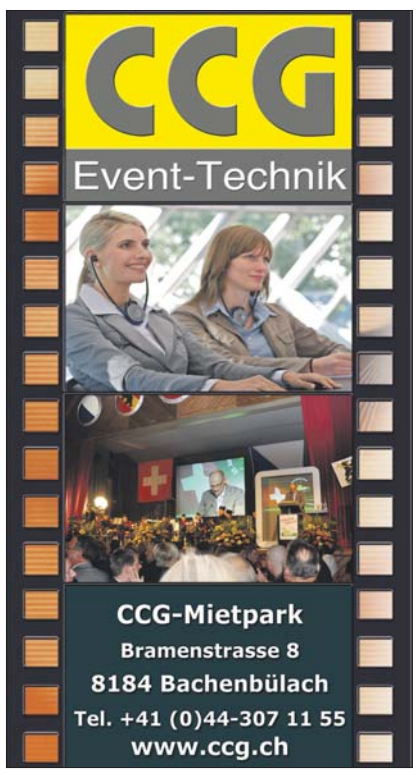
- *Breitreifen Serie 65*
- *für Schlepper bis 200 PS*
- *bodenschonend*

FITKER

- *Breitreifen Serie 70*
- *starke Zugkraft*
- *hoher Fahrkomfort*

PNEUHAUS WEGMANN

Pneuhaus Wegmann AG
Ringstrasse 2
8317 Tagelswangen
Tel. 052 343 11 68
Fax 052 343 67 32
info@pneuhaus-wegmann.ch



IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

☐ zu verkaufen ☐ zu verschenken ☐ zu kaufen gesucht
☐ zu vermieten ☐ Freizeit/Kontakte ☐ _____

Anzahl der Erscheinungen ____ mal
Name
Vorname
Strasse
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail

Einsenden an: **Stutz Druck AG,** «Zürcher Bauer/Zürcher Bote», Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis.

LESERBRIEF

Zunahme der linken Gewalt

Die Berichte über die Gewalt durch Mitglieder der links-extremen Szene lösten zu Recht ablehnende Reaktionen aus. Dass wir in unserem Land so weit sind, dass ein unerwünschter Politiker aus dem SVP-Lager auf der Strasse brutal zusammengeschlagen wird und um sein Leben bangen musste, nur weil er eine Meinung vertritt, die gewissen Leuten nicht in den Kram passt, macht sehr betroffen. Schuld an diesem Trend sind ohne Wenn und Aber extrem linke Medien und nicht zuletzt Politiker aus eben solchen Kreisen, die mit Hassparolen und Fanfarenstössen auf die SVP schiessen und auch empfängliche Migranten aus Diktaturstaaten gegen die verhasste Partei aufwiegeln. Ob die guten, alten, Zeiten, als sich Bundesbern noch frei und ungehindert unter das Volk mischen konnte, dereinst wiederkehren werden?

Walter Egli, Zürich

Überparteiliches Podiumsgespräch

«Für Mundart im Kindergarten»

Abstimmungsthema vom 15. Mai 2011

Freitag, 25. Februar 2011
19.30 Uhr
Singsaal Ebni, Neftenbach, Schulstrasse

anschliessend Apéro

Es diskutieren:
Barbara Huber, Kantonsratskandidatin SVP, Dinhard
Hansueli Sommer, Kantonsratskandidat SVP, Elsau
Theres Agosti Monn, Kantonsratskandidatin SP, Turbenthal
Urs Hans, Kantonsrat Grüne, Turbenthal

Moderation:
Jakob Bächtold, Redaktion «Der Landbote»

Es freut sich auf Ihren Besuch

SVP Sektion Neftenbach

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 28. Februar 2011, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 14. März 2011, 20.00 Uhr, Restaurant Schönegg, Hausen am Albis, Generalversammlung.

Montag, 11. April 2011, 20.00 Uhr, Restaurant Schönegg, Hausen am Albis, Stammtisch.

Bezirk Affoltern / SVP Kanton Zug
Freitag, 24. Juni 2011, ab 18.00 Uhr (Empfang/Apéro), Gemeindesaal «Zur Mühle», Kappel am Albis, 4. Historischer Gedenktag Kappeler Milchsuppe. Gastreferent Bundesrat Ueli Maurer – mit vielen Gästen und interessanten Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft!

Bezirk Bülach
Montag, 14. März 2011, Mehrzweckhalle, Wallisellen, kontradiktorische Podiumsdiskussion mit den Kantonsratskandidaten der SVP und SP. Themen: «Wirtschaft / Energie / Gebühren und Abgaben». Moderator: Kantonsratskandidat Bernhard Krismer, Podium SVP: Claudio Schmid, Rolf Wehrli.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Montag, 14. März 2011, 20.00 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf, Generalversammlung.

Bezirk Dietikon
Sonntag, 6. März 2011, 10.00 Uhr, Gipfeltreffen auf dem Altberg. Besammlung in Weiningen, Hof Hanspeter Haug, Friedhofstrasse 30, Weiningen. Anschliessend gemeinsamer Spaziergang zum Restaurant Altberg. Kurzansprachen der SVP-Regierungsratskandidaten Ernst Stocker und Markus Kägi. Gedankenaustausch und gemütliches Beisammensein mit den SVP-Kantonsratskandidatinnen und -kandidaten bei offeriertem Apéro.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Samstag, 5. März 2011, ab 10.00 Uhr, Gottlieb Welti Weinkellerei, Obere Heslibachstrasse 86, Küsnacht (Parkplätze vorhanden), Wahlveranstaltung mit den Regierungsräten Markus Kägi und Ernst Stocker: Politik, Ghackets und Hörnli. Programm (ab 11.00 Uhr): Begrüssung: Theres Weber, Kantonsrätin / Präsidentin SVP Bezirk Meilen. Kurzreferate Markus Kägi, Regierungsrat / Baudirektor; Ernst Stocker, Regierungsrat / Volkswirtschaftsdirektor; Gregor Rutz, Kantonsratskandidat / Vizepräsident SVP Kanton Zürich. Moderation: Hans-Peter Amrein, Kantonsratskandidat. Ab 12 Uhr sind alle Teilnehmer recht herzlich zum Mittagessen eingeladen. Die SVP Küsnacht offeriert «Ghackets und Hörnli». Ebenso steht ein Getränke- und Kuchenbuffet zur Verfügung. Musikalische Umrahmung: Hadliker Huusmusig.

Bezirk Pfäffikon / Wila
Mittwoch, 23. Februar 2011, 20.00 Uhr, bei A. Waldvogel AG, Püntstrasse 1, Wila, Wahlveranstaltung «SVP Kantonsratskandidaten stellen sich vor». Programm:
- Begrüssung durch den Präsidenten der SVP Wila.
- Peter Waldvogel erzählt die Geschichte und die Entwicklung des Familienbetriebs A. Waldvogel AG.
- Kantonsratskandidaten stellen sich vor: Hans Heinrich Rats, Pfäffikon (Finanzen, Steuern, Gebühren); Stefan Krebs, Pfäffikon (Energiepolitik); Reinhard Fürst, Ottikon (Schutz des persönlichen Eigentums); Roland Bänninger, Wildberg (Sicherheit und Justiz).
- Peter Waldvogel erläutert die «Freuden und Leiden» eines heutigen KMU.
- Kantonsratskandidaten stellen sich vor: Gabriel Spirig, Kyburg (Asylpolitik); Urs Weiss, Bisikon (Umwelt und Landwirtschaft); Peter Ruff, Madetswil (Bürgerrecht und Unabhängigkeit).
- Anschliessend Fragerunde.
- Apéro und Diskussion.

Bezirk Winterthur / Neftenbach
Freitag, 25. Februar 2011, 19.30 Uhr, Singsaal Ebni, Schulstrasse, Neftenbach, überparteiliches Podiumsgespräch «Für Mundart im Kindergarten» (Abstimmungsthema vom 15. Mai 2011). Anschliessend Apéro. Es diskutieren: Barbara, Huber, Kantonsratskandidatin SVP, Dinhard, Hansueli Sommer, Kantonsratskandidat SVP, Elsau, Theres Agosti Monn, Kantonsratskandidatin SP, Turbenthal und Urs Hans, Kantonsrat Grüne, Turbenthal. Moderation: Jakob Bächtold, Redaktion «Der Landbote".

Bezirk Winterthur / Winterthur Altstadt, Veltheim, Töss und Mattenbach
Mittwoch, 16. März 2011, 19.30 Uhr (Türöffnung 18.30 Uhr), Hotel Zentrum Töss, Saal Matterhorn, Zürcherstrasse 106, Winterthur, öffentliche Veranstaltung «Walliser Abend». Walliser Teller, Poulet-Geschnetzeltes an Rahmsauce mit Reis und Pilz-Risotto sowie diverse Getränke (auf eigene Kosten). Anwesend ist Nationalrat Oskar Freysinger mit seinem abendfüllenden Programm «Poesie, Songs und Prosa». Der Besuch der Vorstellung ist kostenlos. Anmeldung nicht zwingend. Die Platzzahl ist jedoch beschränkt. Es können Tische im Voraus reserviert werden (bei Yves Senn, Bürglistrasse 18, 8400 Winterthur, oder per E-Mail an ysenn@bluewin.ch, Fax 052 343 06 33.

Junge SVP Kanton Zürich
Donnerstag, 17. März 2011, 20.00 Uhr, Raum Zürich (genaue Adresse wird noch bekannt gegeben), Programmabend zum neuen Parteiprogramm der JSVP ZH.

Stadt Winterthur
Samstag, 19. Februar 2011, ab 8.30 Uhr, Altstadt, vor PKZ, Standaktion zu den Kantonsratswahlen. Weitere Standaktionen:
- Altstadt, vor PKZ: 5.3., 19.3. und 2.4. (jeweils am Samstag, ab 8.30 Uhr).
- Altstadt, vor PKZ: 3.3., 10.3., 17.3. und 24.3. (jeweils am Donnerstag, ab 18.00 Uhr).
- Töss: 26.2., 12.3. und 26.3. (jeweils am Samstag, 9.00 bis 9.50 Uhr).
- Veltheim: 26.2., 12.3. und 26.3. (jeweils am Samstag, 10.00 bis 10.50 Uhr).
- Mattenbach: 26.2., 12.3. und 26.3. (jeweils am Samstag, 11.00 bis 11.50 Uhr).
- Lindenplatz: 5.3. und 19.3. (jeweils am Samstag, 10.00 bis 12.00 Uhr).
- UBS: 26.2., 12.3. und 26.3. (jeweils am Samstag, ab 9.00 Uhr).
- Einkaufszentrum Seen: 26.2., 12.3. und 26.3. (jeweils am Samstag, ab 9.00 Uhr).

Stadt Winterthur / Seen
Samstag, 26. Februar 2011, 9.00–12.00 Uhr, Einkaufszentrum Seen, Seite Kanzleistrasse und Hinterdorfstrasse, Standaktionen zu den Kantons- und Regierungsratswahlen 2011. Weitere Daten (jeweils am Samstag): 12. März und 26. März 2011.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Samstag, 26. Februar 2011, 9.30–11.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Pavillon, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, Puurezmorge mit Regierungsrat Markus Kägi, Nationalrat Alfred Heer und den Kantonsratskandidaten.

Samstag, 5. März 2011, 9.30–11.30 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Wollishofen, Zürich, Standaktion mit den Frauen der SVP der Stadt Zürich sowie den Kantonsratskandidaten.

Samstag, 12. März 2011, 9.30–11.30 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Wollishofen, Zürich, Standaktion mit den Kantonsratskandidaten.

Samstag, 26. März 2011, 9.30–11.30 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Wollishofen, Zürich, Standaktion mit den Kantonsratskandidaten.

Donnerstag, 5. Mai 2011, 20.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Pavillon, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, Generalversammlung.

Stadt Zürich / Kreis 3
Samstag, 26. Februar 2011, 9.00–11.30 Uhr, Schmiede Wiedikon, vor Reisebüro, Birmensdorferstrasse 155/157, Standaktion zu den Kantons- und Regierungsratswahlen.

Samstag, 5. März 2011, 9.00–11.30 Uhr, Migros M-Märt Wiedikon, Birmensdorferstrasse 320, Standaktion zu den Kantons- und Regierungsratswahlen.

Samstag, 12. März 2011, 9.00–12.00 Uhr, «Walk-Around» durch Wiedikon. Treffpunkt: 9.00 Uhr, SVP3-Lager, Birmensdorferstr. 188.

Samstag, 26. März 2011, 9.00–11.30 Uhr, Schmiede Wiedikon, vor Reisebüro, Birmensdorferstrasse 155/157, Standaktion zu den Kantons- und Regierungsratswahlen.

Stadt Zürich / Kreis 3 und 9
Sonntag, 27. Februar 2011, 14.00-18.00 Uhr, Restaurant Camping, Zentralstrasse 25, Raclette-Plausch mit den Kantonsratskandidaten und Nationalrat Prof. Dr. Christoph Mörgeli.

Samstag, 19. März 2011, 9.00–12.00 Uhr, Kutschenfahrt unserer Kantonsratskandidaten durch die Stadtkreise 3 und 9, Treffpunkt: 9.00 Uhr VBZ-Haltestelle Strassenverkehrsamt.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Samstag, 19. Februar 2011, 10.30-14.00 Uhr, Limmatplatz, Standaktion zu den Kantons- und Regierungsratswahlen mit Regierungsrat Ernst Stocker und Nationalrat Alfred Heer, Parteipräsident.

Stadt Zürich / Kreis 6
Samstag, 19. Februar 2011, 9.30–12.00 Uhr, Schaffhauserplatz, Standaktionen mit den Kantonsratskandidaten aus dem Wahlkreis IV. Weitere Daten (jeweils am Samstag):
- 26. Februar, 10.00–12.00 Uhr: Bucheggplatz
- 5. März, 9.30–12.00 Uhr: Milchbuckstrasse 3, vor Coop
- 12. März, 9.00–12.00 Uhr: Schaffhauserplatz
- 19. März, 9.00–12.00 Uhr: Schaffhauserplatz
- 26. März, 9.00–12.00 Uhr, Rigiplatz, vor Migros
- 2. April, 9.30–12.00 Uhr, Schaffhauserplatz.

Stadt Zürich / Kreis 7
Dienstag, 15. März 2011, 19.30 Uhr (Abendkasse und Theater-Bar ab 18.30 Uhr), Theater Rigiblick, Germaniastrasse 99, Zürich, Kolumnen-Duell mit den Autoren Nationalrat Prof. Dr. Christoph Mörgeli und Constantin Seibt, Journalist. Tickets: 044 361 83 38 oder tickets@theater-rigiblick.ch. Eintritt Fr. 20.–. Moderation: Matthias Ackeret, Chefredaktor «persönlich». Anfahrt Theater Rigiblick: Tram 9, 10 oder Bus 33 bis Haltestelle «Seilbahn Rigiblick». Achtung: Die Seilbahn ist von Januar bis April 2011 wegen Revisionsarbeiten ausser Betrieb. Bitte den Ersatzbus der VBZ benutzen. Er fährt auf den Tramgeleisen stadteinwärts (über Rigiplatz). Fahrzeiten: alle 10 Minuten (00, 10, 20, 30, 40, 50 aufwärts; 11, 21, 31 bergabwärts) oder mit dem Quartierbus 39 direkt vors Theater, Parkplätze vorhanden (blaue Zone an der Freudenbergstrasse). Organisation: Urs Fehr, Präsident.

Stadt Zürich / Kreis 7 und 8
Samstag, 19. Februar 2011, 9.00–12.00 Uhr, Zentrum Witikon, Standaktion mit den Kantonsratskandidaten.

Samstag, 26. Februar 2011, 9.00–12.00 Uhr, Zentrum Witikon, Standaktion mit den Kantonsratskandidaten und der Frauengruppe SVP Stadt Zürich.

Samstag, 5. März 2011, 14.00–16.00 Uhr, Zentrum Witikon, Standaktion mit den Kantonsratskandidaten und Regierungsrat Markus Kägi.

Samstag, 12. März 2011, 9.00–12.00 Uhr, Zentrum Witikon, Standaktion mit den Kantonsratskandidaten.

Samstag, 19. März 2011, 10.00–12.00 Uhr, Höschgasse, Standaktion mit den Kantonsratskandidaten.

Samstag, 26. März 2011, 9.00–12.00 Uhr, Zentrum Witikon, Standaktion mit den Kantonsratskandidaten.

Samstag, 2. April 2011, 10.00–12.00 Uhr, Kreuzplatz, Standaktion mit den Kantonsratskandidaten.

Stadt Zürich / Kreis 10
Samstag, 19. Februar 2011, 10.00 Uhr, Migros Höngg, Standaktion.

Samstag, 26. Februar 2011, 10.00 Uhr, Röschibachplatz, Standaktion.

Dienstag, 8. März 2011, 19.30 Uhr (Apéro 19.00 Uhr), Restaurant Limmatberg, Zürich, Generalversammlung.

Stadt Zürich / Kreis 11
Samstag, 19. Februar 2011, 9.00–12.00 Uhr, Marktplatz Oerlikon, Standaktion. Weitere Standaktionen (jeweils Samstag, von 9.00 bis 12.00 Uhr): 26.2. Marktplatz Oerlikon, 5.3. Marktplatz Oerlikon, 5.3. Migros Affoltern, 5.3. Seebacherplatz Seebach, 12.3. Marktplatz Oerlikon, 19.3. Marktplatz Oerlikon, 26.3. Marktplatz Oerlikon und 2.4. Marktplatz Oerlikon.

Stadt Zürich / Kreis 11 und 12
Samstag, 19. Februar 2011, 9.00–12.00 Uhr, Migros Schwamendingen, Standaktionen mit den Kantonsratskandidaten aus dem Wahlkreis VI (Kreise 11 und 12). Weitere Daten (jeweils am Samstag): 26. Februar, 5. März, 12. März, 19. März, 26. März und 2. April 2011.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Samstag, 26. Februar 2011, 9.00–11.30 Uhr, Zentrum Witikon, Standaktion, zusammen mit der Kreispartei 7 unterstützen wir die Kantonsratskandidatin Susanne Brunner. Es wird Kaffee und selbstgebackener Kuchen verteilt.

Samstag, 5. März 2011, 9.30–11.30 Uhr, Bistro Mandarin, Albisstrasses 44, Zürich-Wollishofen, Standaktion. Wir unterstützen zusammen mit der Kreispartei 2 die Kantonsratskandidatin Hedy Schlatter. Es werden feine Äpfel verteilt.

Dienstag, 19. April 2011, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Montag, 22. August 2011, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Dienstag, 4. Oktober 2011, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote
ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Inseraten-Annahme:
inweb ag, Zürcher Bote
Postfach, 8153 Rümlang Zürich
Tel. 044 818 03 07, Fax 044 818 03 08
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29,
8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Montag, 30. Januar 2012, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, 24. Februar 2011, 20.00 Uhr (genauer Ort folgt), öffentliches kontradiktorisches Podiumsgespräch zum hoch aktuellen Thema «Schengen: Versprechungen und Wirklichkeit», u.a. mit Nationalrat Hans Fehr und Kantonsratskandidat Pascal Theiler.

Montag, 14. März 2011, 19.30 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Kaufleuten, Pelikanplatz, Zürich, Podiumsdiskussion «Kampf um den Regierungsrat», u.a. mit Regierungsrat Markus Kägi. Moderation: Res Strehle, Co-Chefredaktor Tages-Anzeiger. Eintritt frei.

MOTORRAD-CLUB SVP

Swiss Moto
Freitag, 18. Februar 2011, 20.00 Uhr, Zürich-Oerlikon, Holiday Inn (vis-à-vis des Messezentrums), gemeinsames Nachtessen. Vorab individuelle Besichtigung der Zweirad-Swiss-Moto-Ausstellung in der Zürich Messe beim Hallenstadion.